

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fajerm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung  
Preis der sechsgespalteten Kolonelleile 1 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **372400** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Das Berliner Stadtbuch gegen Ende des 14. Jahrhunderts bestimmte, daß man Verräter und Mordbrenner, „oder alle, die ihre Botschaft zu ihrem Frommen benutzen“, radebrechen soll. Die letzte Kategorie von Verbrechern kennt das heutige Strafgesetzbuch nicht mehr, doch die einst als so verwerflich betrachtete Handlung wird jetzt mehr denn je geübt. Daß Industrielle, Kaufleute oder Syndikate intime Kenntnisse wirtschaftlicher Vorgänge zu ihrem größtmöglichen Vorteil und zum schweren Schaden ihrer Mitwelt benützen, gehört heute fogar zu den Kennzeichen besonders hervorragend kaufmännischer Fähigkeit. Das mittelalterliche Recht wollte verhüten, daß ein Kaufmann eine erlangte Nachricht zu seinem Geschäftsvorteil unter Schädigung und Gefährdung seines Gemeinwehens ausnützte; hochvermögende Herren werden wohl auch damals sich in ihren Spekulationen dadurch nicht haben hindern lassen, doch der Anreiz war geringer. In Zeiten, in denen wie jetzt Zweifel an der Fortdauer der Konjunktur allgemeiner und stärker werden, kann man für den Wert dieser alten peinlichen Rechtsbestimmung Verständnis gewinnen. Unsere Syndikate benützen ihre Botschaft nicht nur „zu ihrem Frommen“, sie suchen vielmehr durch gegenteilige Erklärungen die Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Lage zu täuschen. Dafür ist ein eklatanter Fall anzuführen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat ließ, wie immer, durch das Wolffsche Telegraphenbureau auch seinen Ausweis für den Monat Juni verbreiten. In diesem Bericht wurde betont, daß durch den gesteigerten Selbstverbrauch der Mitglieder und durch die Erfüllung bestehender Verkaufsverpflichtungen die Kohlenknappheit andauert. Zum Schlusse wird hervorgehoben, daß angesichts der günstigen Geschäftslage fast aller einheimischen Industriezweige auch im kommenden Monat ein lebhafter Absatz zu gewärtigt ist. Nun beziehen einige Handelsblätter die Monatsberichte des Syndikats nicht durch das Wolffsche Bureau, sondern von einem Korrespondenten, der mit den Vorkommnissen innerhalb des Syndikats erfahrungsgemäß vertraut ist. In dem von ihm erstatteten Bericht findet sich folgende weitere, bei Wolff vergessene Erklärung der Syndikatsleitung: „Die Nachfrage in der letzten Zeit verlor ihren stürmischen Charakter und anscheinend hat namentlich auch von seiten der Eisenindustrie eine etwas ruhigere Beurteilung der Bedarfslage Platz gegriffen.“ Gerade weil die hier konstatierte Tatsache in dem offiziellen Bericht unterschlagen worden ist, verdient sie eine erhöhte Beachtung. Hierin liegt die erste offizielle Feststellung des Kohlsyndikats über Anzeichen eines ruhigeren Geschäftsganges der wichtigsten Industrien Deutschlands. Man scheint es also für angebracht gehalten zu haben, die Erkenntnis der Marktlage zu verschweigen. Unter den Verkaufsverpflichtungen, auf die das Kohlsyndikat die herrschende Kohlenknappheit zum Teil zurückführt, sind wohl die Auslandsverkäufe gemeint, die von ihm zu Beginn dieses Jahres in einem riesigen Umfang zu sehr niedrigen Preisen vorgenommen wurden. Zwei Tatsachen sind hierbei von hohem allgemeinen Interesse. Das Ausland bezieht durch das Syndikat Kohle zu billigeren Preisen als die heimische Industrie, wieviel niedriger der Preis sich stellt, ist Geheimnis des Syndikats, das bei der jüngst vorgenommenen Kartellentzwei jede Auskunft darüber verweigerte. Ferner ist zu beachten, daß diese Auslandsverkäufe in der Veranmutung erfolgten, daß in Deutschland eine Störung der wirtschaftlichen Tätigkeit eintreten wird. Damit ist auch der Beweis geliefert, daß das Syndikat wider besseres Wissen in seinen Publikationen die Meinung von der ungeschwächten günstigen wirtschaftlichen Konjunktur vertreten hat. Vielleicht hat das Syndikat sich über den Zeitpunkt des Eintritts eines Konjunkturrückgangs getäuscht, bestehen bleibt die bewußte Irreführung über die Geschäftslage und die gemeingefährliche Preispolitik durch Verkauf zu Scheuderpreisen nach dem Ausland, um das Preisniveau im Inland dauernd hochzuhalten. Das entspricht der „gesunden Heimatspolitik“, die unsere Kohlenmagnaten als Führer der Blockparteien vertreten.

Das Geständnis, das eine etwas ruhigere Beurteilung der Bedarfslage auch von seiten der Eisenindustrie Platz gegriffen hat, scheint uns zur Klärung der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation recht bemerkenswert zu sein. Zu wiederholten Malen haben wir darauf hingewiesen, daß die Auffassung von einem Nachlassen der wirtschaftlichen Konjunktur nicht identisch ist mit einer bereits eingetretenen Minderbeschäftigung, besonders in der Eisenindustrie. Deswegen ist auch der Nachweis über die günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes im Monat Juni kein Beweis für die anhaltende Hochkonjunktur. Ebenso falsch sind weiterhin die Zusammenbrüche von Industrie- und Bankunternehmungen, fehlen. Wohl sind Zusammenbrüche bisher nicht ganz ausgeblieben, doch man hat ihnen mit Nichts keine allgemeinere Bedeutung beigelegt. Daß der Konjunkturrückgang sich aber noch in unliebsamen Formen äußern kann, ist jedoch nicht auszuschließen, wenigstens wir an der Anschauung festhalten, daß sich die industrielle Entwicklung in soliden Bahnen bewegt hat, als etwa vor dem Jahre 1900. Besonders gefährlich könnte nicht ganz sicher fundierten Unternehmungen die Fortdauer der Geldnot werden, die ihre höchste Steigerung voraussichtlich im Herbst finden wird. Der soeben erschienene Bericht der Handelskammer zu Bochum schließt seine an sich nicht niedrig gespannten Hoffnungen und Betrachtungen über die Entwicklung der Konjunktur mit der Bemerkung, daß wenn die gegenwärtige Hochkonjunktur ihr Ende erreicht haben wird, der Übergang zur stillen Zeit sich

ohne schwere Erschütterungen vollziehen wird. Man darf diese Auslassungen wohl dahin auslegen, daß die Handelskammer den Eintritt der stilleren Zeit als nicht mehr ganz fernliegend erachtet, sie deutet, mit aller Vorsicht natürlich, ein langames Abflauen des Marktes an, das mit einem ruhigen Rückgang, aber doch eben mit einem Rückgang gleichbedeutend ist. Ähnlichen Erwägungen begegnen wir auch im Geschäftsbericht des Kohlenkontors, der Rheinischen Kohlenhandels- und Knebereiengesellschaft, der größten Abzahnorganisation des Kohlsyndikats. Es wird die Leistung eines Nachschusses von 10 Prozent des Stammkapitals zwecks Vermehrung der Betriebsmittel vorgeschlagen, weil die Verkäufe für das laufende Geschäftsjahr einen entsprechenden größeren Umfang erreicht haben, und andererseits bei einer etwa eintretenden Abschwächung der Konjunktur mit der Lagerung größerer Mengen als früher gerechnet werden müsse.

Mit diesem in der Form zurückhaltenden, aber im Wesen nicht mißzuverstehenden Urteil stimmen die Vorgänge am Eisenmarkt überein. Der Stahlwerk-Verband verzeichnet in Produkten A im ersten Halbjahr 1907 einen Gesamtverkauf von 2933088 Tonnen gegen 2893878 Tonnen im ersten Halbjahr 1906. Die Steigerung gegenüber dem vorigen Jahre beträgt immerhin noch 40000 Tonnen, die aber lediglich auf Eisenbahnmateriale entfällt, während in Halbzeug und Formeisen ein Rückgang eingetreten ist. Diese Ziffern ergeben jedoch ein durchaus unvollständiges Bild, denn über den Verkauf von B-Produkten werden Angaben vorenthalten. Nun aber ist es offenkundig, daß in dem Beschäftigungsgrad in Fertigfabriken ein Rückgang bereits erfolgt ist, darin stimmen alle nur irgend in Betracht kommenden Angaben überein. Die Haltung des Roheisenmarktes ist bisher weiter fest, die Produktion der Güten soll bis Schluß des Jahres ziemlich verbleiben sein. Die Beharrung dieses Zustandes scheint dadurch aber noch nicht völlig gewährleistet. Mit Recht wirft die Kölnische Volkszeitung die Frage auf, ob auch die Abnahme der bestellten Mengen schlanke erfolgen kann. Man weiß aus der Praxis, daß die Aufträge im Fieber der Hochkonjunktur, unter der Furcht ständiger Preiserhöhungen nicht selten über den Bedarf erteilt werden. Im Handel ist der Verkehr sehr ruhig, der Roheisenmarkt in England ist sehr schwach, die Berichte vom amerikanischen Markt lauten, selbst wenn man Übertreibungen in Rechnung stellt, sehr flau. Am Stabeisenmarkt herrscht Zurückhaltung und Kaufmüdigkeit, man rechnet eben mit einem weiteren Weichen der Preise. Einzige Werte, die gut beschäftigt sind, viele Werte aber fordern nur 140 Mk., man glaubt, daß mit 138 Mk. gern größere Aufträge angenommen werden würden, doch Käufer fehlen. In Schweißarbeiten ist eine leichte Besserung zu verzeichnen, aus der man Rückschlüsse auf die Gesamthaltung des Eisenmarktes zu ziehen versucht hat. Der Verbrauch dieses Produktes ist jedoch gering, seine Preisgestaltung deshalb einflußlos. Für englisches Gießereirohmaterial Nr. 3 ist nach vorübergehender Erholung des Preises um 1 Mk. von neuem eine Abschwächung in derselben Höhe eingetreten. Besonders schwach ist das Trägergeschäft im Inland infolge der Lage des Baumarktes, die Differenzen mit der Trägerhändler-Vereinigung bestehen fort, doch ist nach den letzten Nachrichten auch hier ein Ausgleich zu erwarten.

Die Schwankungen am Metallmarkt haben sich zu einem starken Preisfall in Kupfer und Zinn verdichtet. Der Rückgang in Kupfer nahm seinen Ausgang am New Yorker Markt, wo die Produzenten nach langer Zurückhaltung mit Abgaben auftraten. Die Verbraucher sehen sich zu starker Zurückhaltung veranlaßt, sie kaufen nur die nonnegotiablen Quantitäten, weil sie bei der Unsicherheit ein weiteres Nachgeben der Preise für möglich halten. Dieses Verhalten führt natürlich wieder zur Abschwächung, was aber nicht hindert, daß an einzelnen Tagen Besserungen eintreten. In erster Reihe ist an der Lage des Kupfermarktes die Elektrizitätsindustrie interessiert. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin soll nach Mitteilung des Berliner Tageblatts der Meinung sein, daß zahlreiche größere Anlagen darum noch nicht in Auftrag gegeben worden sind, weil die Besteller mit einem weiteren Sinken des Kupferpreises rechnen und glauben, durch längeres Zuwarten ihre Anlagen verbilligen zu können. Inwiefern ein solcher Zusammenhang besteht, ist selbstverständlich nicht kontrollierbar. Dieselbe Gesellschaft erklärte, daß unter dem Druck der ungünstigen Lage des heimischen Geldmarktes sich ein Hin- und Herziehen der im Inland geplanten Anlagen und erteilten Orders bemerkbar mache, während Aufträge aus fremden Ländern, besonders aus Italien, Rußland, Frankreich u. s. w., reichlich einlaufen. Das erwähnte Blatt berichtet, führende Kreise der Elektrizitätsindustrie vertreten die Ansicht, daß ein Abflauen der Konjunktur, wenn es nicht unerwarteterweise schroff und nachhaltig eintritt, keinen allzuungünstigen Einfluß ausüben dürfte. Dieselben führenden Kreise sollen fogar ein vorteilhaftes Moment beim Nachlassen der Konjunktur darin entdeckt haben, daß sich der Mangel an Arbeitskräften alsdann weniger bemerkbar machen würde. Wenn diese Äußerungen irgend einen Sinn haben sollen, so kann es nur der sein, daß man in Unternehmertreuen heute schon beabsichtigt, etwaige geringere Gewinne durch Lohnkürzungen auszugleichen. Ferner wird angekündigt, daß bei einem nennenswerten Rückgang der Auftragsziffer an Stelle der drei Achtstundenschichten, in denen jetzt teilweise gearbeitet wird, zwei Schichten zu neun Stunden treten würden.

Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken konstatiert in seinem Quartalsbericht, daß die Beschäftigung im zweiten Vierteljahr 1907 durchweg eine reichliche und vielfach eher noch bessere als im vorhergehenden Vierteljahr war. Weiter aber wird ausgeführt, daß man hier und da die Empfindung hat, als ob der Höhepunkt des Geschäftsaufschwunges erreicht sei, und vereinzelt wird auch von einem ruhigeren Geschäftsgang berichtet. Gegen den entsprechenden Zeitabschnitt

des vorigen Jahres ergab sich fast durchweg eine Besserung auch hinsichtlich der Preise. Die Arbeiterzahl zeigt gegen das Vorjahr meist eine nennhafte Zunahme. Die flehende Klage über Mangel an gelernten Arbeitern wird aber von vielen Seiten und meist noch stärker laut. Es wird durch den Automobilbau und Sport eine Menge tüchtiger Arbeitskräfte dem Werkzeugmaschinenzweig entzogen. Die Löhne sind anhaltend steigend, oder wenigstens stetig. Überarbeiten waren vielfach notwendig, wurden aber trotz hohen Lohnzuschlags nur in wenigen Fällen von den dagegen sich sträubenden Arbeitern geleistet.

Aus Geschäftsberichten und sonstigen Ankündigungen entnehmen wir folgende Angaben verschiedener Unternehmungen über ihre Beschäftigung und die von ihnen gehegten Geschäftsaussichten: Die Ascherslebener Maschinenbau-Aktiengesellschaft hatte einen Umsatz von etwa vier Millionen Mark, die Steigerung gegen das vorige Jahr betrug etwa 700000 Mk. Es ergab sich ein Reingewinn von 223819 Mk. gegen 178998 Mk. Die am Jahresabschluss vorliegenden Aufträge betragen 2274235 Mk. gegen 1411659 Mk. im vorigen Jahre. Nach dem Jahresbericht liefen auch im laufenden Geschäftsjahr die Aufträge zahlreich ein, so daß für dieses eine volle Beschäftigung sicher ist. — Bei der Armaturen- und Maschinenfabrik Westfalia in Gelsenkirchen stieg der Umsatz im verklossenen Geschäftsjahr um rund 40 Prozent. Der Vorsitzende bezeichnete in der Generalversammlung die Geschäftsaussichten als günstig. — Die Aktiengesellschaft J. Banning in Hamm teilt mit, daß die Gesellschaft im verklossenen Jahre mit gutem Erfolg gearbeitet hat. Eine bestehende Unterbilanz wurde getilgt. Während in den Jahren 1903, 1904 und 1905 keine Dividende verteilt wurde, dürfte für dieses Jahr eine Dividende von 2 bis 3 Prozent zur Verteilung gelangen. — H. W. Dinnendal A.-G. Maschinenfabrik, Eisen- und Metallgießerei, Kunstwerkerhütte bei Steele berichtet, daß die Beschäftigung des Werkes normal gewesen ist. Durch den immer mehr zunehmenden elektrischen Antrieb in Bergwerken und Fabriken sei der Bedarf an Dampfmaschinen geringer. Die Beschaffung von Arbeitern mache dem Werke große Schwierigkeiten und gelinge nur zum kleinen Teil. — Benz & Co., Rheinische Gasmotorenfabrik A.-G. in Mannheim hat so erfolgreich gearbeitet, daß für das verklossene Geschäftsjahr eine Dividende von 15 Prozent gegen 7 Prozent im vorigen Jahre zur Verteilung gelangen wird. In der nächsten Zeit wird auch eine Kapitalerhöhung vorgenommen werden. — Die Maschinenfabrik Rodtbroh & Schneider Nachf. A.-G. in Heidenau kann eine Dividende von 7 Prozent gegen 6 Prozent im vorigen Jahre ihren Aktionären zahlen. Der Umsatz hat sich gesteigert, das Kapital wurde erhöht. Der Bericht erwähnt, daß die Aussperrung der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes durch den Verband der Metallindustriellen auch noch während des ganzen ersten Monats des Geschäftsjahres 1906/1907 anhielt. Die Ergebnisse wurden durch diese im ganzen acht Wochen währende Störung und deren Nachwirkungen naturgemäß wesentlich beeinflusst. — Die Maschinenfabrik Splingen A.-G. verzeichnet eine Steigerung des Umsatzes von 9,86 Millionen Mark auf 11,75 Millionen Mark, die Mehrproduktion entfällt hauptsächlich auf Lokomotiven. Die Firma G. Kuhn, S. m. b. H. deren sämtliche Stammanteile im Besitz der Gesellschaft sind, war gut beschäftigt und schloß mit Gewinn ab. Im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres wurde der allgemeine Maschinenbau in Gannstatt mit Kuhn in Berg vereinigt, wodurch der elektrotechnischen Abteilung in Gannstatt Vorteile entstehen sollten. — Die Walzengießerei vorm. Cölsch & Co. A.-G. in Siegen teilte mit, daß die Beschäftigung des Unternehmens im verklossenen Jahre recht flott gewesen ist. Auch für die nächsten Wochen dürfte darin, soweit sich dies bis heute übersehen läßt, eine Änderung nicht eintreten. — Die Vereinigten Deutschen Nickelwerke A.-G. in Schwerte berichteten in der Generalversammlung, daß das Geschäft bis jetzt sich befriedigend entwickle. Für das verklossene Jahr wird eine Dividende von 16 Prozent verteilt. — Österreichische Aufträge in größerem Umfang haben die deutschen Unternehmungen J. Berliner und Siemens & Halske erhalten. Es handelt sich um Aufträge zur Einrichtung der ersten automatischen Telefongentralen in Österreich. — Die Gerat Maschinenfabrik und Eisengießerei, die in Liquidation getreten war, berief eine Generalversammlung ein, in der über Aufhebung der Liquidation und Fortführung des Unternehmens unter veränderter Firma Beschluß gefaßt werden soll. — Das Eisenwerk Schludern a. Sieg, dessen Besitzerin die Firma Weber & Nehenbach ist, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Firma wird in Liquidation treten, der Konkurs soll dadurch vermieden werden. — Die Maschinenfabrik Kruse & Lindner in Warmen ist in Konkurs geraten. Die Unterbilanz beträgt 182000 Mk.

### Der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion.

(Schluß.)

Die badische Industrie hat im Jahre 1906 eine erhebliche Weiterentwicklung erfahren. Es liegt nämlich die Zahl der der Fabrikinspektion unterstellten Betriebe von 9449 im Jahre 1905 auf 9542 und die der Arbeiter von 266893 auf 273118, somit erhöhte um 502 und letztere um 1125. Zu diesem industriellen Wachstum partizipiert auch die Metall- und Maschinenindustrie. Die folgende Entwicklung aufweist:

	1905	1906	1905	1906
Betriebe . . .	1011	963	696	688
Arbeiter . . .	32651	30275	34872	33889
Männliche . . .	24701	22412	32405	31527
Weibliche . . .	7950	7863	1967	1862
Erwachzene . . .	29504	27249	32286	31579
Jugendliche . . .	8073	2929	2067	1790
Kinder . . .	104	97	9	20

Der Vergleich der beiden Zahlenreihen ergibt für jede Industrie ein weiteres Wachstum aller Kategorien. Die Betriebe beider Industrien sind um 76 von 1631 auf 1707, die Arbeiter um 3389 von 63664 auf 67053 gestiegen. Einzig eine Verminderung haben die Kinder in der Maschinenindustrie von 20 auf 9 erfahren und hoffentlich verschwinden sie in nicht ferner Zeit gänzlich, denn Kinder gehören in die Schule und nicht in die Fabrik.

Die Kinder im Alter von 13 bis 14 Jahren dürfen bekanntlich nach der Gewerbeordnung in Fabriken z. B. beschäftigt werden, insofern die Schulpflicht nicht über das 13. Altersjahr hinausgeht, was in Baden der Fall ist; aber ihre tägliche Arbeitszeit darf nicht mehr als sechs Stunden betragen. Da aber für diese beschränkte Arbeitszeit die Fabrikanten nicht den vollen Lehrlingslohn zahlen, nach dem Fabrikinspektorenbericht die Eltern aber darauf nicht verzichten wollen, so werden die Kinder, besonders die Mädchen, nach der Fabrikarbeitszeit noch im Haushalt der Fabrikanten mit häuslichen Arbeiten beschäftigt. „Die Arbeitszeit in der Fabrik ist entweder auf einen ununterbrochenen halben Tag oder auf die Zeit von 7 bis 10 Uhr morgens und 1 bis 4 Uhr oder auch 3 bis 6 Uhr nachmittags angelegt. Diese Beschäftigungsweise ist gesetzlich nicht zu beanstanden. Doch wird hierdurch die gesamte Arbeitszeit der Kinder unbillig ausgedehnt und außerdem ist eine Kontrolle über die pünktliche Einhaltung der sechsstündigen Fabrikarbeit sehr erschwert.“ Diese kritische Bemerkung ist durchaus zutreffend und darum aber auch sollte diese sonderbare Art von Kinderbeschäftigung von der Fabrikinspektion mit wachsamem Auge verfolgt werden. Wir möchten eins gegen tausend setzen, daß die „häusliche“ Beschäftigung der Kinder durch die so „seelenguten“ Fabrikanten in produktiver Arbeit für die Fabrik besteht und alle andere Heberei nur fauler Zauber ist. Dann liegt eine ganz besonders verwerfliche Umgehung des gesetzlichen Schutzes der Kinderarbeit vor, die unbedingt beseitigt werden sollte. Es sind freilich auch heitere Arbeitereltern, die ihre eigenen Kinder unter brutaler Mißachtung des gesetzlichen Arbeiterschutzes der Ausbeutung durch habgierige und gewinnhungrige Fabrikanten preisgeben.

Der Besitzer einer Raffineriefabrik und mechanischen Schlosserei weigerte sich, den Jugendlichen die vorgeschriebenen Pausen zu gewähren und der Bezirksrat sollte ihm in seiner Reklamation auch noch beistehen, was er aber ablehnte. Wenn dann aber auch das Bezirksamt das von der Fabrikinspektion beantragte strafrechtliche Einschreiten ablehnte, weil die Pausen nurmehr innegehalten würden, so ist das ein sehr idyllischer Zustand der Strafrechtspflege, der aber erfahrungsgemäß nur sogenannten „besseren“ Kreisen zugute kommt, um die Annehmlichkeit jedoch die Arbeiter nichts zu berichten wissen. Auch in einer größeren Waggonfabrik wurden die Pausen der Jugendlichen planmäßig verweigert und deshalb gegen die Firma entsprechende Bestrafung beantragt, worüber indes nichts näheres berichtet wird.

Eine Maschinenfabrik im badiischen Oberland schloß mit den jugendlichen Arbeitern dreijährige Arbeitsverträge ab statt Lehrverträge, aber sie verpflichtete sich, dafür zu sorgen, daß der jugendliche Arbeiter „in den geschäftlichen Leistungen vorzuschreiten und sich möglichst die erforderlichen Kenntnisse aneignen“ könne. Es wird ein Tagelohn von etwa 80 Pf. bis 1,20 Mk. versprochen und davon werden in den beiden ersten Jahren an jedem Zahlungstag 50 Pf., im letzten Jahre 1 Mk. abgezogen als Sicherheit für etwaigen Schaden, den der Arbeiter dem Unternehmer durch vorzeitigen Austritt oder durch andere Verschulden zufügen könnte. Die Firma wurde von der Fabrikinspektion veranlaßt, ihre Verträge im Sinne der Gewerbeordnung, § 134 Abs. 2, abzuändern und die zu Unrecht abgezogenen Beträge bis auf höchstens einen Wochenlohn zurückzuführen.

Aus der badiischen Uhrenindustrie wird von besonderem Mangel an gelernten tüchtigen Arbeitskräften geklagt, welche Klage aber doch in Widerspruch steht zu der Prosperität und freien Weiterentwicklung dieser Industrie. Oder jähzürigen die Fabrikanten selber und die „unfähigen“ Arbeiter jähren etwa dabei bloß zu und werden dafür bezahlt? Die durchaus seltsame und offenbar in der Hauptsache veranlaßt aber die Schwärzwälder Handelskammer zur Veranstaltung einer Konferenz der Uhrenfabrikanten ihres Bezirkes und des Ausschusses der staatlichen Uhrenwerkstätte in Freiburg. Das Ergebnis der Konferenz war, daß die Fabrikanten Lehrlinge ausbilden und dann zur weiteren Fortbildung der Uhrmacherlehrlinge zuweisen sollen, wo sie brauchbare Meister oder Vorarbeiter werden sollen. In diesem Zwecke sollen die Uhrenfabrikanten an die Handelskammer laufende Beiträge leisten, aus denen neben den staatlichen Stipendien die Kosten dieser Ausbildung zu bestreiten sind. Hierbei sollen nur von den Fabrikanten empfohlen, praktisch angeleitet und unterstützungsbedürftige Lehrlinge in Frage kommen, die sich verpflichten müssen, nach Beendigung ihrer Schulzeit ihre Kräfte ausschließlich der badiischen Uhrenindustrie zu widmen und namentlich in die Fabriken wieder zurückzuführen, durch die sie der Handelskammer zur Ausbildung empfohlen waren. Die Ausbildung dauert mindestens zwei Jahre. Diese Verpflichtung jähren nach Selbsterkenntnis, durch die die „unterstützungsbedürftigen“ Lehrlinge, also die Söhne unbemittelter Eltern, gegen die Wohlthat eines Stipendiums und die Möglichkeit besserer beruflicher Ausbildung auf Lebenszeit an einen Unternehmer oder doch an die badiischen Uhrenfabrikanten gefesselt werden sollen. Gegenüber diesem Opfer steht das „Opfer“ der paar Mark der Fabrikanten in ihrem Verhältnis. Wir finden, eine staatliche Fachschule sollte bei einem solchen beträchtlichen Geschäft nicht mitschweifen, im Gegenteil es zu verhindern suchen. Schließlich sind doch die Arbeiter nicht der Fabrikanten wegen auf der Welt.

Und wenn es wirklich zutrifft, weniger kostengünstige Arbeiter in der badiischen Uhrenindustrie geben sollte, so würden die Schuld daran nur die Fabrikanten tragen, die ihnen die „gelernt“ haben und jähren erst recht die Lüge der Hochschule allen Uhrarbeitern ohne die, die Verantwortlichkeit der Arbeiter verminderten Bedingungen geöffnet werden. Gewohnt doch auch die Befreiung jedem Deutschen die Freizügigkeit, die der Einzelne, der elementarsten bürgerlichen Freiheit, der Freiheit der Person, entspricht. Die Fabrikinspektion macht die Mitteilung ohne jede kritische Bemerkung, die hier durchaus am Platz gewesen wäre.

In der Pfalzheimen Bijouterieindustrie bestand noch immer der alte Unfug, die Arbeiterinnen „freiwillig“ an den Samstagabend um 5 1/2 Uhr die Reinigungsarbeiten, allerdings gegen Bezahlung, vornehmen zu lassen. Die Fabrikinspektion hat im Berichtsjahr diesen Unfug abgestellt mit der Begründung, die Reinigungsarbeiten an einem der ersten fünf Reinigungstage oder am Samstag während der zulässigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen. Häufige Kollektionen in Pfalzheimen werden am besten wägen, ob und diese neue Lösung auch wirklich in allen Gebieten eingeführt wird.

Grav sehr schmerzhaften Erfolg hatte der im Berichtsjahr für die Pfalzheimen Arbeitervereine geschaffene neue Tarifvertrag, der im Bericht im Wortlaut mitgeteilt ist, bezüglich der Überforderung, die im Jahr dort eine gewisse große Anzahl Arbeiter erlitten hatte. So waren auch im Jahre 1905 von der Besatzung 21632 Überforderungen für die Arbeiterinnen in der Pfalzheimen Arbeiterindustrie bemerkt worden. Im Jahre 1906 waren es nur noch 6202 Überforderungen, ein Rückgang um zwei Drittel und verursacht durch die im Tarifvertrag für die Überforderung festgesetzten

Lohnzuschläge, die für die zehnte und erste Arbeitsstunde bei der Geltung des Neunstundentags 20 Prozent und für jede weitere Stunde 50 Prozent betragen. Nur noch 2864 Betriebe gegen 8058 in 1905 hatten für 5293 gegen 16658 Arbeiterinnen Überforderung verlangt. Dabei ist der Tarifvertrag erst im August in Kraft getreten. Man darf von seiner weiteren Wirkung das nahezu vollständige Verschwinden der Überforderung erwarten, mochten die Ordnung und planmäßige Arbeitsteilung in den Betrieben, Unternehmern und Arbeiter großen Nutzen mancherlei Art haben werden. Da der Vertrag entscheidet das Wirtschaffensschicksal von Arbeit aus der Fabrik verurteilt, darf man wohl annehmen, daß gleichzeitig auch dieser alte Unfug allmählich ganz verschwindet.

Aus dem Kapitel über die Fortschritte in der Arbeitszeitverkürzung ist besonders erwähnenswert die Einführung der Achtstundenschicht für die Nachtarbeit und der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit für den Tagbetrieb in der Sodafabrik der deutschen Anwaltsfirma in Wuppertal. Auch in mehreren badiischen Gasanstalten steht die Achtstundenschicht, die in allen derartigen Betrieben ganz allgemein bestehen sollte. In einer Schraubenfabrik im Schwarzwald bestand aber noch die 11 1/2 stündige Arbeitszeit und es bedurfte des ersten Schrittes der Arbeiter zum Streik, der Kündigung, um den rückständigen Unternehmer wenigstens zur Reduktion derselben auf 10 1/2 Stunden zu veranlassen.

Als eine soziale Rückständigkeit möchten wir den Fall in einer großen Fabrik elektrischer Maschinen bezeichnen, wo die Arbeiter in geheimer Abstimmung mit 234 gegen nur 87 Stimmen für die Verlegung des Zahlungstages von Mittwoch auf den Samstag entschieden. Unser Bezirksleiter hatte leider erfolglos für die Beibehaltung des Mittwochs als Zahlungstag interveniert, ebenso die Fabrikinspektion.

Die Tarifverträge, Streiks und Ausperrungen sowie die Organisationen werden in besonderen Darstellungen besprochen. Tarifverträge wurden nach der Kenntnis der Fabrikinspektion im Berichtsjahr 66 (1905: 27) abgeschlossen, davon 45 (21) für ganze Gewerkschaften und 21 (6) für einzelne Betriebe, 38 auf friedlichem Wege und 28 durch Streiks erzwungen wurden. Die Fabrikinspektion begrüßt die erfreulichen Fortschritte auf diesem Gebiet, da die Tarifverträge durch die Stabilisierung der Arbeitsbedingungen beiden Parteien positive Vorteile bringen und jähren bewirken, daß die Unternehmer sich daran gewöhnen, nicht mehr wie früher den Arbeitern die Arbeitsbedingungen einseitig zu diktieren, sondern mit den Arbeitern oder mit den Vertretern der Organisation zu unterhandeln.

Streiks kamen 131, Ausperrungen 6, zusammen 137 (1905: 73) offene Kohlenstöße vor, an denen 2292 (1905: 9668) Arbeiter beteiligt waren. Den größeren Umfang dieser Bewegung erklärt der Bericht zutreffend aus dem vorzüglichen Geschäftsgang und der fortschreitenden Verteuerung der Lebensmittel. Die Formverbewegung wird in objektiver Weise dargestellt.

Im Abschnitt Organisationen der Arbeiter wird besonders dem Deutschen Metallarbeiter-Verein eine längere Würdigung gewidmet, auf die wir noch besonders zurückkommen werden.

## Aus Amerika.

### Die Situation in San Francisco.

Von Schagrin.

New York, im Juli 1907.

Was wir an dieser Stelle in Nr. 10 vorausgesetzt, ist eingetroffen, aber früher und schwerer, als gedacht wurde. In der Hauptstadt Kaliforniens haben die Wirren begonnen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, oder wenn man will: amerikanisch und russisch. Diese Wirren sind so recht ein Schulbeispiel amerikanischer Lohnkämpfe. An ihm kann der deutsche Gewerkschaftsmann die Ursachen gar mancher amerikanischen Dinge erfassen. Unter anderem zeigt es mit schmerzender Schärfe die Instabilität und Unzuverlässigkeit des amerikanischen Unternehmertums und die alle Polizeiverordnungen überwachende politische Ränke der Unionmen. Der Unternehmer Brutalität und Gerissenheit zeigt sich beim Lohnkampf und bei politischen Schachzügen, der Gewerkschaftsleiter Verrätlichkeit eigentlich mehr durch ihre Simpelheit in politischen Dingen. Als Einleitung eine kurze Erläuterung.

Ehe in Amerika eine Lohnbewegung ihren Beginn nimmt, ist der Unternehmer mindestens über die Lage so gut orientiert, wie irgendwo. Er kennt die Beschlässe der Gewerkschaft, ihre Gelber, den Kampfesmut der Mitglieder. Die Agenten der Pinkerton-Agentur, alles Leute, die den Feindern und Verbrechern durch die Schale gelangen sind, pionieren jähren, jähren. Sie sind die „ausperrungsfähigen Brüder“ in der Werkstatt, in der Gewerkschaft, jähren manchmal sogar in deren Vorstand oder im Streikkomitee. Noch ehe die Beschlässe der Gewerkschaft zur Tat reifen, hat der aber alles informierte Unternehmer die Farleybande engagiert. Farley, der Ober der organisierten Streikbrecher, erscheint mit jähren Streikern auf dem Platze. Diese haben oft, manchmal auch nicht, das Talent der Detektive, immer aber einen Revolver in der Tasche. Diese Bande hat gewissermaßen gesetzliche Autorität, der sie mit ihrer Waffe Recht und Unrecht verschaffen. So ausgerüstet werden sie auf die streikenden Arbeiter losgelassen. Sie verschaffen und jähren. Sind Widerstand gestanden, so steht natürlich der Appell an das Gericht offen. Aber die amerikanischen Justizbehörden, jähren die Diener der Justitia die unparteilichsten Menschen sein; im Wirklichen sind sie brutale Verächter geselliger Interessen. Jähren dem Gerichtshof, manchmal auch durch die Regierure, die Anwälte, und jähren ihre Puppen, die Richter, in geschickten und klugen Sprüchen. Es gibt natürlich auch Ausnahmen. Solche jähren gibt es auch im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Aber mit Geld lassen sich hier auch diese jähren vermindern oder beseitigen. Sind ein rechtswidrig Beschuldigter oder Angeklagter von einem Richter freigesprochen, so jähren sich eben die Agenten der Anwaltschaft einen Rechtsbefehl von einem „besseren“ Richter und jähren der Anwaltschaft einer Justizminister vor, deren Ruf von naherherin eine Beamtenschaft oder Befähigung der Anwaltschaft verleiht. Ein Beispiel: Bei dem Arbeiter demselben Streik der Pfalzheimen Arbeitervereine erfolgte in Hoboken ein Verbot der Streikbrecherbande einen harmonischen Geschäftsbesuch zu machen. Auf wiederholte Verweigerung verbot der Polizeikommissar der Bande das Tragen von Waffen, weil sie beziehungsweise ihre (Verbot-)Agentur wohl in New York, aber nicht in Hoboken, im Staate New Jersey, lizenziert sei. Legt darauf jähren sich ein Richter, der das Verbot des Polizeikommissars annullierte. So jähren diese Banditen immer noch Wägen.

Mit der Möglichkeit des Erscheinens der Pinkerton-Agenturen haben jähren sich die Arbeiter in San Francisco auch beim beschriebenen Lohnkampf gerechnet. Aber sie jähren sich: an der Spitze der Stadt steht ein Mayor, der seine Stellung zum besten Teil den Wünschen der Unternehmer verdankt, und dieser Mayor, der sich jähren den Unternehmern nennt, würde diese Streikbande schon im Schilde haben und für Unparteilichkeit und Rechtswertigkeit sorgen. Die Gewerkschaften dieser Stadt jähren ihren Sieg, wenn auch nicht gewonnen, so doch leichter erzwungen. Dies war so weit, da sie jähren die Organisationen und auch endlich gestillte Stiefen hatten. Der Lohnkampf begannen die Arbeiter der Pfalzheimen Arbeitervereine am 1. Mai eine der jährenbestimmten Stunden, die

Maschinenschlosser, dann die Straßenbahnangestellten und die Telephonisten. Am ersten Juni sollten unter anderem die Bau- schlosser (Housesmiths) beginnen. Die Forderungen bewegten sich bei allen Gewerkschaften um Verkürzung der Arbeitszeit (Achtstundentag) und Lohnhöhung. Die Arbeiter fanden einen Widerstand, eine plötzliche Brutalität von ungeahnter Schroffheit bei dem Unternehmertum. Und die Farleybande trat erst schüchtern, dann bei den Straßenbahnern in der alten Wanditenart auf. Die Ursachen dieser beiden Erscheinungen sollten die Streikenden nur zu bald erfahren.

Am politischen Himmel der Stadt ballten sich die Wolken zu einem schweren Ungewitter, das sich mit aller Macht auf die Unions ergoß. Der Wettergott, der Kapitalismus, hatte auf den richtigen Moment gewartet, um das Ungewitter loszulassen: Der „Unionmen“- Mayor Schmitz wurde der Ausnahme von jähren schweren Beschuldigungen überführt, es wurde überhaupt gezeigt, daß er ein noch korrupterer Kerl ist, als seine Vorgänger von der gegnerischen Partei. Daß der Schmitz nicht solcher sei, wurde schon vorher gemunkelt. Aber seine Arbeiter und sonstigen Anhänger wollten es nicht wahr haben. Sie erblickten in diesen Ausstellungen nur ein Manöver der unionfeindlichen Presse. Als dann aber der Freund des Schmitz, Kuef, der Voss der Schmitzischen Parteimaschine, vor Gericht gestand und wie ein altes Weib heulte, um sich Straffreiheit zu sichern, da mußten auch naive Unionmänneraugen anspassen. Es stellte sich heraus, daß der Schmitz für Hunderttausende von Dollars Kronzantimon an Gesellschaften verschachert hatte, daß er und seine Krabanten schwere Summen von den französischen Restaurants (Spielhöhlen, Häusern von ungewissen Nachtgewerben etc.) erpreßt hat u. s. w.

Es ist erstaunlich, unübersehbar, wie weit die Vertrauenseligkeit und der Köhlerglaube in politischen Dingen unter der Fahne der amerikanischen Arbeiter-Unions wuchert, trotz all den gemachten traurigen Erfahrungen. Privatbriefe von Leuten, die noch vor zehn Jahren in der deutschen Gewerkschaftsbewegung standen und jetzt in San Francisco in der Gewerkschaft an der Quelle sitzen, zeigen, daß sie sich von dieser Simpelheit derart anstecken ließen, daß sie noch einige Tage vor dem Platzen der korrupten Sache eine Lanze für den „Union“- Mayor brachen. Jetzt lauten die Briefe allerdings etwas anders.

Dieser Fall in San Francisco zeigt wieder mit unüberleglicher Deutlichkeit: Eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht von sozialistischem Geiste getragen wird, ist eine platte Unmöglichkeit. Ohne diesen Geist wird sie, wenn sie ins politische Gebiet übergreift, entweder die ausgegrenzten stinigen Weg der bürgerlichen Parteien wandeln (wie in San Francisco), oder sie wird, weil plan- und ziellos, jähren. Aber: sie wird, wenn nur Gewerkschaft, von Niederlage zu Niederlage kollern und auf dem dazwischen liegenden Wege weniger Mannen finden, als seinerzeit die Gefolgschaft Moses in der Wüste.

Der Bluff des Unternehmertums gelang diesmal in seltener Vollständigkeit. Der Mayor mit dem unionfreundlichen Gesicht wurde gesagt, die Hoffnungen der Streikenden auf unparteiliche Handhabung der Gesetze vernichtet, Zweifel und Missetraue bei den Arbeitern abgefaßt, und das Unternehmertum ist wieder Herr der Stadt und des Mobs und der sogenannten öffentlichen Meinung. Der Mayor übergab die Verwaltung der Stadt einer stehengliederigen Kommission, gebildet aus Leuten seines Schlages und der anderen Partei. Die Farleybande begann mit neuer Heftigkeit die Aktion, beim Straßenbahnstreik trat der Revolver in Tätigkeit. Die Wirren sind da, wie sie das Unternehmertum gewünscht und vorbereitet hat.

Von einem Siege der Streikenden kann keine Rede mehr sein. So kann es kommen, wenn sich die Arbeiter in Haupt- oder auch nur in Nebensachen auf etwas anderes verlassen, als auf ihre eigene Kraft. Ihre Vertrauenseligkeit und ihre Gewerkschaftslei hat wieder einmal Stöße bekommen. Ob aber diese Stöße durch ihre Verbtheit sie endlich auf die Bahn der Klassenbewußten europäischen Gewerkschaften bringen, ist trotz alledem eine offene Frage. (Nach einem Telegramm der Frankfurter Zeitung aus San Francisco vom 8. Juli wurde der Mayor Smith (Bürgermeister Schmitz) wegen Erpressung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Red.)

## Chemnitzer Bezirksverband Deutscher Metallindustrieller.

Der Vorstand dieses Verbandes hat der am 28. Juni 1907 im Deutschen Kaiser zu Chemnitz abgehaltenen Hauptversammlung folgenden Bericht für 1905 und 1906 erstattet:

Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1905: 65, von denselben wurden 19 124 Arbeiter beschäftigt. Ende 1906 zählte der Bezirksverband 74 Mitglieder, die zusammen 22534 Arbeiter hatten.

Der Geschäftsgang hatte sich, wie in fast allen anderen Industriezweigen, so auch in der Metallindustrie seit 1904 bis in die zweite Hälfte 1906 hinein in nie dagewesener Weise gehoben. Das hat zunächst zu der großen Zunahme der Arbeiterzahl, im weiteren Verlauf aber zu einem empfindlichen Arbeitermangel und einem ständigen Arbeiterwechsel geführt. Davon ist in erster Linie auch die Arbeitsnachweisstelle berührt worden, deren Geschäfte eine starke Zunahme erfahren haben. Es wurden in 1905: 14749 Nachweisheime ausgegeben. Als in Arbeit getreten sind gemeldet worden 15465 Arbeiter, und zwar durch Einfindung der Nachweisheime 13176, die übrigen durch Angezeigheime. 247 Arbeiter haben die Arbeit nicht angetreten. Von Arbeitgebern sind 102 Arbeiter eingestellt worden, ohne es der Arbeitsnachweisstelle zu melden. Im Jahre 1906 wurden von der Arbeitsnachweisstelle 20550 Nachweisheime ausgegeben. Als in Arbeit getreten wurden durch Einfindung der Nachweisheime 18810 Arbeiter, durch Angezeigheime 2754 Arbeiter gemeldet. 450 Arbeiter haben die Arbeit nicht angetreten. 149 Arbeiter sind eingestellt worden, ohne daß es der Arbeitsnachweisstelle mitgeteilt wurde.

Das Verhältnis zwischen den Mitgliedern des Bezirksverbandes und ihren Arbeitern kann, wenn man die Verhältnisse berücksichtigt, immerhin für die Jahre 1905 und 1906 als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Mitglieder vieler anderer Bezirksverbände haben durch Streiks und Sperrten große Arbeitsstörungen und Verluste erlitten. Hier konnte das durch rechtzeitiges Eingehen auf erfüllbare Forderungen der Arbeiter zum Glück noch vermieden werden. Nur bei einzelnen Mitgliedern ist es zu Arbeitsverweigerungen gekommen, doch blieben diese auf die betreffenden Betriebe beschränkt. Auch von der zur Unterstützung anderer Bezirksverbände 1905 (1906? Red. v. M.-Zig.) beschlossenen Gesamtausperrung konnte im letzten Moment noch abgesehen werden.

Die ernste Situation, in welche der Gesamtverband durch die bei einer Anzahl Bezirksverbänden ausgebrochenen Streiks zu Anfang des Jahres 1905 (1906?) geraten war und die im Ausschluß des Gesamtverbandes wegen Verletzung der Differenzen gepflogenen Verhandlungen liegen allseitig erkennen, daß die Satzungen des Gesamtverbandes keine Handhabe boten, in solchen Fällen wirksam einzugreifen. Die von unserem Bezirksverband von jeher vertretene Forderung, daß in die Satzungen Bestimmungen kommen müßten, auf Grund welcher in Streikfällen der Vorstand und der Ausschluß in der Lage sind, wirksame Maßregeln ohne Zeitverlust zu beschließen, wurde auch von anderen Bezirksverbänden aufgenommen. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat daraufhin neue Satzungen entworfen, die vom Ausschluß beraten und angenommen worden sind. Die Hauptversammlung des Gesamtverbandes wird sich nun auch über die definitive Annahme dieser Satzungen schlüssig zu machen haben. Damit zusammenhängend wird sie sich auch für die Mitgliedschaft

des Gesamtverbandes beim Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände und die dadurch bedingte erhöhte Steuerleistung an den Gesamtverband entschließen müssen. Dieser Entschluß wird dadurch erleichtert, daß der Gesamtverband inzwischen mit der vom Zentralverband Deutscher Industrieller gegründeten Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände in ein Kartellverhältnis getreten ist.

Nachdem der Verlauf der Streits in anderen Bezirksverbänden und auch die hier vorgekommenen Differenzen immer wieder erkennen lassen, daß es in erster Linie darauf ankommt, rasche Maßnahmen, zu deren Ausführung auch beträchtliche Barmittel erforderlich werden können, zu ergreifen, wird es unbedingt notwendig, im Bezirksverband für eigene Zwecke größere Summen bereitzustellen und die Jahresbeiträge wenigstens auf den von der außerordentlichen Generalversammlung im Jahre 1905 beschlossenen Satz von 100 Mk. pro Stimme zu bringen.

Vom Gesamtverband ist eine Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen gegründet worden. Es bestand die Absicht, den Beitritt zu dieser Gesellschaft für alle Mitglieder des Gesamtverbandes obligatorisch zu machen, doch ist bei einer bezüglichen Umfrage eine Majorität hierfür nicht zu haben gewesen. Unser Bezirksverband war bisher der Ansicht, daß ein Zwang nicht ausgeübt werden dürfe, daß es aber jedem Mitglied freigestellt bleiben müsse, der Gesellschaft beizutreten.

Die schon seit langer Zeit als nötig empfundene und auch von der Behörde geforderte Umarbeitung der für die Mitglieder des Bezirksverbandes geltenden Arbeitsordnung ist durch eine vom Vorstand gewählte Kommission erfolgt, die Generalversammlung wird sich über die Annahme der neuen Arbeitsordnung schlüssig zu machen haben.

Eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Bezirksverbandes geben die beige druckten Kassenabschlüsse für 1905 und 1906. Das Vermögen des Bezirksverbandes betrug am 31. Dezember 1905: 24348,68 Mk., am 31. Dezember 1906: 28225,28 Mk. Hierzu kommt noch der besondere Fonds mit 826,48 Mk. in bar und nom. 6000 Mk. in dreiprozentiger sächsischer Rente.

Dieser Bericht ist sehr interessant. Es geht daraus hervor, daß die Chemnitzer Metallindustriellen doch ein gelindes Grauen schon bei dem Beschluß einer Aussperrung befallen hat. Dieses Gefühl ist in den Unternehmerkreisen aber ein viel verbreiteteres, als man nach den Schlagtrüben in der Arbeiterzeitung und in den übrigen scharfmacherblättern etwa annehmen wollte. Es liegt uns ein Prospekt vor, den die „Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen“ im April dieses Jahres verfaßt hat. Darin preist sich diese Gesellschaft überschwänglich an, sie behauptet, sich als „festes Bollwerk gegenüber den gewerkschaftlichen Machtgeleusen erweisen“ zu haben.

Über den Bericht des Chemnitzer Verbandes wird Herr Mend und mit ihm der „Gesamtverband“ sehr wenig Freude empfinden, da darin ihr Lieblingskind, die Streikversicherungs-Gesellschaft, so abfällig beurteilt wird. Die Chemnitzer Metallindustriellen sind kühlere Rechner, sie lassen sich nicht durch die Lockrufe der sächsischen Streikversicherungs-Gesellschaft beirren: „Es glaube niemand, daß das vielgeschämte gute Einvernehmen mit seinen Arbeitern ihn davon schütze, daß seine Arbeiter (nicht) dennoch ausgehebt werden, wenn der Industrielle sich einer Organisation anschließt, deren Zweck es ist, dafür zu sorgen, daß überall der Wille der Arbeitgeber in den Betrieben auschlaggebend bleiben soll.“ Sie richten ihre Blicke nach der „Hauptstelle“ mit den „mächtigen Organisationen“ der Eisen-, Kohlen- und Textil- u. Autokrat. Von dieser Seite droht den Arbeitern bei ihren Kämpfen unzweifelhaft die größere Gefahr. Die daraus zu ziehende Lehre für die Gewerkschaften und in erster Linie für den Deutschen Metallarbeiter-Verband ist deshalb rechtzeitig für einen ausreichenden Kampffonds zu sorgen.

Wir lassen hier noch die Kassenabschlüsse und das Mitgliederverzeichnis des Chemnitzer Metallindustriellen-Verbandes folgen.

Kassenabschluss am 31. Dezember 1905.

Table with 4 columns: Einnahme, Ausgabe, Bestand am 31. Dez. 1904, Vermögensbestand am 31. Dezember 1905. Includes sub-totals for 1905 and 1906.

Kassenabschluss am 31. Dezember 1906.

Table with 4 columns: Einnahme, Ausgabe, Bestand am 31. Dez. 1905, Vermögensbestand am 31. Dezember 1906. Includes sub-totals for 1906 and 1907.

Voranschlag für 1907.

Table with 4 columns: Einnahme, Ausgabe, Bestand am 31. Dez. 1906, Vermögensbestand am 31. Dezember 1907. Includes sub-totals for 1907.

Verzeichnis der dem Chemnitzer Bezirksverband deutscher Metallindustrieller Anfang 1907 angehörenden Firmen:

- List of member firms including: D. W. Waldauf, Ernst Beckert, Bernhard & Philipp, Ernst Böhmert, Burthardt & Kiesler, F. Reinhold Brauer, Hermann Turn- u. Feuerwehrgewerkschaft, etc.

Deutscher Schloßertag.

Der 22. Deutsche Schloßertag, das heißt der 22. Verbands-tag Deutscher Schlosserinnungen, fand vom 16. bis 18. Juni in Krefeld statt. Es erschienen waren 66 Delegierte, außerdem noch allerlei Vertreter von Behörden und Korporationen. Einer der Hauptpunkte der Tagesordnung war die Aussprache über die Gründung einer eigenen Berufsgenossenschaft (siehe auch Metallarbeiter-Zeitung, Seite 39). Regierungsrat Knorr, der als Vertreter des Reichsversicherungsamtes erschienen war, riet von der Gründung ab und wies auf die Schwierigkeiten bei der Schmiebeberufsgenossenschaft hin.

Eine ohne Zweifel sehr wichtige Sache betraf der Punkt der Tagesordnung: Sicherung der Bauverordnungen. Das Vortreten der Schlossermeister, sich gegen die Überforderung durch Bauhandwerker zu schützen, ist ohne Zweifel durchaus berechtigt. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Der 22. Schloßertag in Krefeld beschließt in betreff der Sicherstellung der Bauhandwerker: 1. Jeder Bauunternehmer ist zur kaufmännischen Buchführung verpflichtet. 2. Diese Verpflichtung wird unter Kontrolle des Registrator's gestellt. 3. Die Verwendung von Baugeldern zu anderen Zwecken als zur Befriedigung der Baugläubiger (Handwerker und Lieferanten) ist als strafbar zu erachten.“

Darauf referierte Albrecht (Leipzig) über die Rechte und Pflichten der Lehrlingsauschüsse. Der Referent stellte einen Antrag, wonach in die Verbandslehrverträge folgender Zusatz zum § 13 wieder aufgenommen werden soll: „Diese Bestimmung behält auch in den Fällen volle Gültigkeit, wenn Berufswechsel vorgekehrt wird oder die angeführte Begründung vor der angrenzenden Innung (Lehrlingsauschuss) laut Protokoll für nichtig erklärt worden ist.“

Nach dem § 13 kann der Lehrling eine Entschädigung fordern, wenn der Lehrling im durch sein Verhalten Anlaß gibt, den Lehrvertrag zu lösen. Es zeigte sich jedoch, daß der Verbandsrat nicht geneigt war, weitere Bestimmungen in den Lehrverträgen aufzunehmen, man einigte sich schließlich dahin, den Antrag dem nächsten Handwerks- und Gewerkeamtstag zur endgültigen Erledigung zu überweisen. Über die Neuregelung des Verdünnungswesens referierte Verndt (Stettin). Da kam wieder die Scharfmacherei zum Vorschein. Der Referent schlug folgende Resolution vor: „In Erwägung, daß durch Ministerialerlaß vom 23. Dezember 1906 über das Verdünnungswesen ein Teil der bisherigen Wünsche des Handwerks, namentlich auch der größte Teil der in Punkt 1 des dritten Handwerks- und Gewerkeamtstages zu Leipzig vom Jahre 1902 aufgestellten Forderungen erfüllt ist, bleibt es um so bedauerlicher, daß die unter Nr. 29 dieser Satze aufgestellte, besonders notwendige und wichtige Forderung, die sogenannte Streikfahndung, noch nicht eingeführt ist.“

Ferner nahm der Verbandsrat eine Resolution an, die der vom vorjährigen Handels- und Gewerkeamtstag beauftragten obligatorischen Versicherung der selbständigen Handwerker zustimmt. Der Haftpflichtversicherungsvertrag mit der Stuttgarter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft wurde um weitere drei Jahre verlängert. Die Subvention für die Deutsche Schlosserschule in Hofheim wurde von 1000 auf 1500 Mk. erhöht. Nach dem Kassenbericht gehören dem Verband 110 Innungen an. Drei Innungen mit 94 Mitgliedern sind im Berichtsjahr beigetreten. Die Einnahmen betragen 5043 Mk., die Ausgaben 4929 Mk., der Vermögensbestand am 31. Dezember 1906 stellte sich auf 7460 Mk. Der Haushaltsplan wurde für 1907/08 mit 5350 Mk. festgesetzt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender ist Alfred Thalheim (Leipzig).

Die vorstehenden Mitteilungen sind der Hauptsache nach den Nachrichten des Verbandes Deutscher Schlosserinnungen entnommen. Danach scheinen die Herren Schlossermeister in diesem Jahre auf ihrem Verbandsrat den Schloßertag ein wenig mehr in Ruhe gelassen zu haben. Schwören möchten wir allerdings nicht darauf, Möglich ist es schon, daß der Herr „Protokollant“ Weinert etwas vorsichtiger geworden ist, nachdem er gesehen hat, daß sein vorjähriger, scharfmacherischer Bericht unseren Kollegen bei der Agitation gute Dienste geleistet hat.

Das Meisterelement in unserem Verband.

Mit dem gewaltigen Wachstum unseres Verbandes haben sich mit der Zeit Anschauungen geltend gemacht, die man noch vor etwa 4 bis 5 Jahren entweder direkt für unmöglich gehalten oder, da sie nur vereinzelt aufgetreten, sie als keinerlei Beachtung verdienend betrachtet hat. So hat Schreiber dieses noch 1901/02 in einer Domäne des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins mit bestem Erfolg unter dessen Mitgliedern Propaganda für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gemacht, hauptsächlich nur mit dem Hinweis darauf, daß es ein Widerspruch ohne gleichen sei, Kampfesorganisation sein zu wollen, zu gleicher Zeit aber die Helfershelfer der zu Bekämpfenden in unsere Reihen aufzunehmen. Dabei ist eine derartige Anschauung im Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein gar nicht einmal als eine Begriffsverwirrung anzusprechen, da ja diese Organisation offen die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigt. Wenn es trotzdem gelang und gelingt, Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins von der hier in Frage stehenden Anschauung zu heilen, so ist das nur ein Beweis für die schon sehr oft gezeigte Tatsache, daß die Mitglieder sehr oft einen weit geschärfteren Blick haben für das, was ihnen frommt, als ihre Führer.

Für fast unmöglich also mußte man es halten, daß sich Mitglieder unseres Verbandes zu Posten hergeben, die sie, wenn nicht von Anfang an, so doch nach ganz kurzer Zeit in direkten Widerspruch mit sich selbst und in Widerspruch mit den Bestrebungen unseres Verbandes bringen mußten. Soweit der Anstoß zur Annahme eines solchen Postens von der Werkleitung kommt, ist ja die Absicht auch unverkennbar. Man hofft mit dieser Maßnahme nicht nur einen unbedeutenden Agitator loszuwerden, sondern zugleich auch alle übrigen sich unliebsam bemerkbar machenden Elemente zur Ruhe zu verweisen. Diese Absicht ist besonders in allen Siemens-Betrieben, namentlich zu Zeiten starker Erregung, in die Erscheinung getreten, und leider in der übergroßen Mehrzahl der Fälle für die Firma mit dem gewünschten Erfolg. Dem unbedeutenden Agitator gibt man einen recht untergeordneten Posten, zunächst mit dem Versprechen weitgehender Kompetenzen, dann weckt man in ihm ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl. Läßt er sich hierdurch verleiten, eine Änderung in seinem Benehmen gegenüber den Arbeitern an den Tag zu legen, dann ist der Zweck erreicht. Beharrt er bei seiner Anschauung und im Verkehr mit seinen Kollegen, dann zieht man stärkere Saiten auf und reizt vielleicht auch den in jedem Menschen schlummernden Egoismus. Auf diese Weise kommt die Firma fast in allen Fällen auf ihre Rechnung.

Handelte es sich nun in all diesen Fällen immer nur um die eine Person des Meisters, dann könnte man der Sache ziemlich kühl gegenüberstehen, aber es leiden, wie schon angedeutet, in all diesen Fällen die Arbeiter des gesamten Betriebs oder der Werkstätte. Infolge der jahrelangen gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit sind unsere Mitglieder an eine unter anderen Umständen sehr erfreuliche Disziplin gewöhnt, deshalb werden sie den Anordnungen eines Meisters, der noch zu unseren Mitgliedern zählt, eine weit größere Rücksicht entgegenbringen, als das unter anderen Umständen zu erwarten wäre. Sie werden, um ihren Verbandskollegen nicht zu diskreditieren und um ihm nicht Anlaß zu Klagen über sie bei der Direktion zu geben, in der Erfüllung ihrer Pflichten weit peinlicher, in ihrer Arbeit intensiver werden. Sie werden, wenn ihnen die Notwendigkeit hierzu von ihren Kollegen bewiesen wird, zur Leistung von Überstundenarbeit weit bereitwilliger sein, sie werden all die kleinen und großen Übelstände in der Werkstätte leichter übersehen in der Hoffnung, daß er selbst zu geeigneter Zeit auf Abstellung dringen wird. Dieser Zustand währt so lange, bis es entweder zum Klappen kommt, und dann haben wir ein Mitglied und eine Werkstätte verloren und es ist Streit in die eigenen Reihen getragen. Oder: die Kollegen gewöhnen sich an derartige Zustände, sie verlernen das Unterscheidungsvermögen und tragen so zur Verumpfung eines Betriebs bei. In beiden Fällen ist der Verlust gleich schwer. Im übrigen aber läßt die Annahme eines solchen Postens wohl immer auf einen starken Mangel an Ehrlichkeit und Überzeugungstreue schließen, vorausgesetzt, daß man hierbei noch weiter die Interessen seiner Verbandskollegen vertreten zu können wähnt.

In welchen Widerpruch zu den Bestrebungen des Verbandes setzt sich nicht beipflichtend ein solches Mitglied, wenn es die Kollegen zur Leistung von Überstunden preisen muß oder wenn es gezwungen ist, fortwährend „Storchenpreis“, „regulierungen“ vorzunehmen; oder wenn es, wie ich in ganz letzter Zeit erleben mußte, ausgeprochenmaßen nur die Interessen der Firma gegenüber den Interessen der Verbandskollegen vertreten mußte. Bei dieser Gelegenheit ist es, nebenbei bemerkt, sogar vorgekommen, daß der betreffende Verbandskollege, der 14 Jahre Mitglied unserer Organisation ist und die Stelle eines Betriebsleiters bekleidet, es rundweg abgelehnt hat, eine von den Arbeitern der betreffenden Fabrik gewählte Kommission anzuerkennen mit der Begründung: er sei von seinem Chef an diese Stelle gestellt und diesem allein verantwortlich. Aus diesem Grunde habe er sich außerstande, eine Kommission anzuerkennen, die für sich das Recht in Anspruch nimmt, mitbestimmend oder korrigierend auf die Lohn- oder Arbeitsbedingungen innerhalb des Betriebs einzuwirken. Er könne sich zwar der Wahl eines Arbeiterausschusses nicht widersetzen, weil dies ungesetzlich wäre, aber auch den Zweck eines solchen könne er nicht einsehen.

Jeder Kommentar ist wohl überflüssig. Oder welche Kritik verdient wohl ein Kollege, wenn er mit Vorliebe in den ihm unterstellten Betrieb Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins einstellt? Könnte man nicht in erster Linie eine Berücksichtigung unserer Arbeitsnachweise verlangen? Zu all diesen Dingen kommt noch ein anderes Moment. In vielen Fällen nehmen diese Mitglieder geradezu eine Ausnahmestellung ein. Sie verweisen zunächst auf die Fälle des Streits und sonstiger Differenzen. Infolge ihres Kontrastes sind diese Kollegen gar nicht in der Lage, sich solidarisch zu erklären, ganz im Gegenteil: sie können oft genug gezwungen werden, Streitarbeiter zu verrichten und Streikbrecher anzuerkennen. Der kleine Erfolg, den die Organisation zweifellos dadurch hat, daß sie erfährt, was in dem Betrieb vorgeht, steht in den meisten Fällen in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden. Es ergibt sich hieraus aber auch die ganze Unhaltbarkeit eines solchen Verhältnisses. Auch bei der Meister ist es vorgekommen, daß die Kollegen feierten, während unser Mitglied, der Meister, im Betrieb anwesend sein mußte.

Zur Begründung der Annahme eines solchen Postens wird ja meistens angeführt, daß es doch zweifellos im Interesse der Kollegen unseres Verbandes gelegen sei, wenn sich ein Verbandskollege hierzu bereit erklärt, als das man ihn in die Hände eines unserer Bestrebungen fernstehenden Mannes gelangen läßt. Ja, einige gehen in ihrem kindlichen Optimismus noch bedeutend weiter und erklären

folgt, es wäre hierdurch in absehbarer Zeit für einen Teil der Betriebe eine vollständige Änderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugunsten unserer Mitgließer herbeizuführen. Eine Widerlegung solcher nicht nur kindlichen, sondern mehr noch kindischen Anschauungen wäre Zeitverschwendung! Einer Widerlegung aber bedarf, soweit dies nicht schon weiter oben gesagt ist, die erstere Begründung. Es ist eine bekannte Tatsache und bedarf keiner weiteren Beweisführung, daß, soweit Mitgließer für derartige Posten in Aussicht genommen sind, dies unsere besten Kollegen waren, die wir selbstverständlich weit besser als Soldaten in unseren Reihen denn als Werkzeuge des Unternehmers sehen würden. Und wenn dies, wie das tatsächlich bei einigen Firmen der Fall ist, System wird, dann liegt darin nicht, wie irrtümlicherweise von vielen geglaubt wird, ein Vorteil für den Verband, sondern ein immenser Schaden. Für den betreffenden Kollegen selbst aber zeitigt dieser Schritt oft genug die unangenehmsten Folgen. Über kurz oder lang seines Postens enthoben, muß er wieder in die Reihen der Arbeiter zurücktreten und begegnet nun allenthalben Mißtrauen und Mißachtung.

Ich hielte es deshalb für christlich und in unserem Verbandsinteresse liegend, wenn die Kollegen, deren Herz an derartigen Posten hängt, ihre Mitgliedschaft bei Eintritt einer solchen Stelle aufgeben. Berlin. Paul Zippel.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 4. August der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. August 1907 fällig ist.

#### Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Einzelmitgliedschaft in Dresden:  
 Der Dreher Jul. Förstner, geb. am 22. September 1872 zu Dresden, Buch-Nr. 655738;  
 der Dreher Herm. Kalkschmidt, geb. am 4. Mai 1857 zu Ob.-Pestermis, Buch-Nr. 595075;  
 der Dreher Oskar Kleber, geb. am 6. August 1872 zu Döhlen, Buch-Nr. 811327;  
 der Dreher Paul Lehmann, geb. am 30. Juni 1872 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 17279;  
 der Dreher Hans Lehmann, geb. am 23. September 1857 zu Dresden, Buch-Nr. 595076;  
 der Dreher Ewald Polster, geb. am 4. August 1863 zu Dresden, Buch-Nr. 591016;  
 der Dreher Hermann Töllner, geb. am 10. September 1864 zu Dresden, Buch-Nr. 715078;  
 der Gürtler Walter Börner, geb. am 1. Oktober 1882 zu Riechen b. D., Buch-Nr. 607002;  
 der Präger Artur Heije, geb. am 14. Juli 1834 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 74612;  
 der Bohrer Wilh. Herzog, geb. am 18. März 1867 zu Laucha, Lit. A. Buch-Nr. 74839;  
 der Bohrer Rudolf Jungmann, geb. am 3. Juli 1861 zu Eornewitz, Buch-Nr. 644401;  
 der Bohrer Herm. Viehscher, geb. am 26. Januar 1833 zu Seidnitz b. D., Buch-Nr. 779843;  
 der Bohrer Johann Müller, geb. am 24. Juni 1859 zu Hermannsdorf, Buch-Nr. 591005;  
 der Bohrer Rudolf Schröder, geb. am 7. März 1869 zu Tharandt, Lit. A. Buch-Nr. 74619;  
 der Bohrer Artur Wolf, geb. am 24. Mai 1881 zu Dresden, Buch-Nr. 896200;  
 der Fräser Ernst Kunze, geb. am 5. Juni 1890 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 17289;  
 der Fräser Oskar Körner, geb. am 2. Juli 1889 zu Cotta, Buch-Nr. 864259;  
 der Fräser Richard Leopold, geb. am 15. März 1860 zu Cöping, Buch-Nr. 591006;  
 der Fräser Johannes Seiler, geb. am 19. September 1891 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 183034;  
 der Fräser Paul Weiser, geb. am 29. Oktober 1891 zu Halle, Lit. A. Buch-Nr. 183044;  
 der Metallarbeiter Max Böhme, geb. am 17. September 1884 zu Hohorn, Lit. A. Buch-Nr. 68418;  
 der Metallarbeiter Paul Grimm, geb. am 27. August 1891 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 183065;  
 der Metallarbeiter Paul Grimmer, geb. am 24. März 1876 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 499880;  
 der Metallarbeiter Herm. Jacobseich, geb. am 5. Februar 1890 zu Köschitz, Lit. A. Buch-Nr. 183059;  
 der Metallarbeiter Paul Jentich, geb. am 1. August 1863 zu Böhmen, Lit. A. Buch-Nr. 74728;  
 der Metallarbeiter Walter Kernis, geb. am 18. Januar 1891 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 182972;  
 der Metallarbeiter Willy Kirchhof, geb. am 28. April 1891 zu Wüsten b. D., Lit. A. Buch-Nr. 183066;  
 der Metallarbeiter Oskar Kläber, geb. am 21. Mai 1876 zu Gommasth. Lit. A. Buch-Nr. 183009;  
 der Metallarbeiter Mich. Kuzsche, geb. am 11. Oktober 1860 zu Dresden, Buch-Nr. 607035;  
 der Metallarbeiter Richard Rau, geb. am 5. August 1890 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 183061;  
 der Metallarbeiter Otto Rau, geb. am 1. November 1866 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 183062;  
 der Metallarbeiter Robert Richter, geb. am 29. Mai 1876 zu Siechtz b. D., Buch-Nr. 591073;  
 der Metallarbeiter Joseph Ruffa, geb. am 2. August 1869 zu Hofel, Lit. A. Buch-Nr. 143088;  
 der Metallarbeiter Adolf Schiebenhofer, geb. am 30. April 1879 zu Wien, Lit. A. Buch-Nr. 54865;  
 der Metallarbeiter Max Schulze, geb. am 15. September 1861 zu Dresden, Buch-Nr. 714560;  
 der Metallarbeiter Georg Ulbricht, geb. am 19. August 1892 zu Wittenau, Lit. A. Buch-Nr. 183089;  
 der Metallarbeiter August Vogel, geb. am 30. Dezember 1874 zu Köschitz, Buch-Nr. 810331;  
 der Schmied Carl Hartmann, geb. am 17. April 1882 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 183097;  
 der Schmied Bruno Ludwig, geb. am 26. September 1860 zu Langfeld, Lit. A. Buch-Nr. 68422;  
 der Schmied Herr. Nibel, geb. am 23. November 1884 zu Cotta b. D., Lit. A. Buch-Nr. 143023;  
 der Schmied Alfred Sierentz, geb. am 17. September 1860 zu Dresden, Buch-Nr. 368894;  
 der Schmied Clemens Reichle, geb. am 7. August 1863 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 74709;  
 der Schmied Wilh. Kaiser, geb. am 23. Januar 1860 zu Rumburg, Buch-Nr. 644403;  
 der Schmied Adolf Barthardt, geb. am 17. April 1871 zu Cöping, Buch-Nr. 70210;  
 der Schmied Franz Cligae, geb. am 22. Dezember 1871 zu Cöping, Buch-Nr. 811638;  
 der Schmied Hugo Kril, geb. am 21. April 1866 zu Siechtz, Buch-Nr. 63166;  
 der Schmied Heinz Kasper, geb. am 14. September 1855 zu Langenau, Buch-Nr. 644678;  
 der Schmied Peter Müllerlein, geb. am 22. September 1855 zu Cöping, Buch-Nr. 498843;  
 der Schmied Bruno Schneider, geb. am 24. August 1873 zu Cöping, Buch-Nr. 226524;

- der Schleifer Herm. Schüger, geb. am 22. Dezember 1865 zu Siegm., Buch-Nr. 526537;  
 der Schleifer Willy Unglaub, geb. am 26. Juli 1882 zu Niedergerbich, Buch-Nr. 526512;  
 der Schlosser Heinrich Adler, geb. am 18. Januar 1886 zu Mägeln b. L., Lit. A. Buch-Nr. 68028;  
 der Schlosser Gust. Auerbach, geb. am 24. Juni 1858 zu Chemnitz, Lit. A. Buch-Nr. 68335;  
 der Schlosser Rob. Burkhart, geb. am 17. August 1852 zu Dresden, Buch-Nr. 779845;  
 der Schlosser Walter Burkhart, geb. am 16. Oktober 1872 zu Dresden, Buch-Nr. 685552;  
 der Schlosser Karl Dachsel, geb. am 17. Januar 1887 zu Dresden, Buch-Nr. 810870;  
 der Schlosser Oskar Göbel, geb. am 1. April 1889 zu Prohlis, Lit. A. Buch-Nr. 192160;  
 der Schlosser Max Golbs, geb. am 20. Dezember 1888 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 68269;  
 der Schlosser Alfred Graf, geb. am 15. September 1883 zu Dresden, Buch-Nr. 896597;  
 der Schlosser Emil Herfurth, geb. am 30. Dezember 1878 zu Dresden, Buch-Nr. 780148;  
 der Schlosser Kurt Hofmann, geb. am 11. Oktober 1889 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 192253;  
 der Schlosser Artur Krusche, geb. am 5. April 1887 zu Wüstenbrand, Lit. A. Buch-Nr. 74613;  
 der Schlosser Walter Ludwig, geb. am 21. August 1882 zu Orma, Lit. A. Buch-Nr. 55197;  
 der Schlosser Paul Lupis, geb. am 2. Juni 1888 zu Pillnitz, Buch-Nr. 966370;  
 der Schlosser Herm. Meier, geb. am 4. Juli 1878 zu Hermannsdorf, Buch-Nr. 604991;  
 der Schlosser Max Meyer, geb. am 13. April 1883 zu Dresden, Lit. A. Buch-Nr. 68046;  
 der Schlosser Reinh. Wönike, geb. am 14. März 1843 zu Röllmen, Buch-Nr. 714880;  
 der Schlosser Paul Morgenstern, geb. am 14. August 1868 zu Neufals a. D., Buch-Nr. 810830;  
 der Schlosser Max Nierman, geb. am 25. September 1878 zu Dresden, Buch-Nr. 607048;  
 der Schlosser Rich. Pötte, geb. am 30. November 1871 zu Crotzen b. D., Buch-Nr. 526540;  
 der Schlosser Johann Pfühner, geb. am 19. April 1888 zu Gommasth., Lit. A. Buch-Nr. 74962;  
 der Schlosser Max Pittig, geb. am 14. August 1881 zu Dresden, Buch-Nr. 685546;  
 der Schlosser Karl Rabe, geb. am 5. April 1860 zu Erjurt, Buch-Nr. 779995;  
 der Schlosser Oskar Reinicke, geb. am 14. April 1879 zu Dresden, Buch-Nr. 591083;  
 der Schlosser Emil Rüdiger, geb. am 23. März 1878 zu Oberlangenau, Buch-Nr. 780360;  
 der Schlosser Rich. Schmidt, geb. am 18. April 1854 zu Dresden, Buch-Nr. 665933;  
 der Schlosser Paul Süßmann, geb. am 28. September 1878 zu Nützensbach, Lit. A. Buch-Nr. 17844;  
 der Schlosser Erno Trepte, geb. am 22. Dezember 1888 zu Sausa, Lit. A. Buch-Nr. 182367;  
 der Schlosser Paul Köhler, geb. am 25. November 1882 zu Dresden, Buch-Nr. 526577;  
 die Arbeiterin Emma Veger, geb. am 22. März 1879 zu Mittelbach, Lit. A. Buch-Nr. 55213, sämtlich wegen Streikbruch.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Offen a. Rh.:  
 Der Mechaniker Frz. Droschke, geb. am 3. Dezember 1873 zu Larnanis, Buch-Nr. 730851, wegen Schädigung des Verbandes.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mülhausen i. Elz.:  
 Der Gießer Zan. Haanigold, geb. am 26. August 1888 zu Malsau, Lit. A. Buch-Nr. 67446;  
 der Gießer Zan. Ringenbach, geb. am 11. Mai 1886 zu Malsau, Lit. A. Buch-Nr. 90595;  
 der Gießer Ludm. Reder, geb. am 18. September 1880 zu Malsau, Lit. A. Buch-Nr. 57539;  
 der Schmied Zan. Heisner, geb. am 31. Mai 1887 zu Malsau, Lit. A. Buch-Nr. 57464;  
 der Hilfsarbeiter Jos. Singer, geb. am 2. April 1866 zu Bollweiler, Lit. A. Buch-Nr. 57457, sämtlich wegen Streikbruch.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:  
 Der Schmied Hugo Kolb, geb. am 22. April 1877 zu Wachsbad, Buch-Nr. 862972, wegen unkollegialen Verhalten.  
 Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:  
 Der Schlosser Jul. Reiche, geb. am 18. Juni 1874 zu Berlin, Buch-Nr. 30439, wegen Streikbruch.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mülhausen i. Elz.:  
 Der Formner Aug. Jansfeld, geb. am 4. Mai 1876 zu Wingenheim, Lit. A. Buch-Nr. 57423, wegen Schädigung des Verbandes.

- Wieder aufgenommen werden:  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Geseßberg:  
 Der Schmied Herr. Harjch, geb. am 4. Juni 1878 zu Schneidlingen.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Oesabrück:  
 Der Formner Wilh. Altemeyer, geb. am 22. März 1878 zu Oesabrück.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hagau:  
 Der Bohrer Erich Beer, geb. am 2. September 1867 zu Gausleymann.

- Öffentlich gerügt werden:  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gommasth.:  
 Der Schmied Wilhelm Knodel aus Gommasth., Buch-Nr. 695376, wegen unkollegialen Verhalten.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weimar:  
 Der Gürtler Paul Heimberg, geb. am 21. August 1884 zu Langfeld, Buch-Nr. 826394, wegen Demagogie.  
 Aufschreibung zur Rechtfertigung:  
 Die nachfolgend genannten Mitgließer werden aufgefordert, sich wegen dem gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erzielenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen:  
 Der Schmied Gerhard Eden, geb. am 19. April 1877 zu Geseßberg, Buch-Nr. 619565, wegen Logenangehörigkeit.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Geseßberg:  
 Der Schlosser und Installateur August Dahms, geb. am 21. September 1882 zu Geseßberg, Buch-Nr. 183199, wegen Streikbruch.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln:  
 Der Goldschmied Heinrich Böhrer, geb. am 30. Aug. 1865 zu Wimbach, eingetrag. am 2. Mai 1900 in Dresden, Buch-Nr. 2, wegen Diebstahl.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Reutlingen:  
 Der Schlosser Max Ott, geb. am 13. September 1863 zu Reutlingen, Buch-Nr. 741697, wegen Unterdrückung.

Auf Beschluss des Vorstandes:  
 Der Feilenhauer Oskar Bindel aus Iserlohn;  
 der Feilenhauer Ludwig Haberer aus Elgersweier, beide zuletzt in Gernsbach, beide wegen Betrug.

Gestohlen wurde:  
 Lit. A. Buch-Nr. 25353, lt. auf den Schlosser Johann Schott, geb. am 19. Februar 1880 zu Fockeb., Kr. Rendsburg.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nöte-Strasse 16 zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.  
 Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

## Zur Beachtung! ♦ Zutug ist fernzuhalten:

- von Drahtarbeitern, Rahlern, Spinnern, Webern und Hilfsarbeitern nach Berlin St.; nach Chemnitz (M. Argo) M.; von Drechern, Fräsern, Hoblern und Bohren nach Geseßberg (Gust. Stahl- und Eisenwerk vorm. Munscheid & Co.) M.; von Elektromonturen nach Basel L.; von Feilenarbeitern nach Leipzig L.; von Formnern, Eisengießerarbeitern und Kernmachern nach Warmen (Jäger, Waresch) St.; nach Brugg i. Aargau (Müller & Co.) St.; nach Essen a. Ruhr (Maschinenfabrik Union) M.; nach Greiz i. H. (Wittor Strauß & Pflanze) M.; nach Karbitz in Böhmen (Stahlgußhütte) St.; nach Montebaur (Josef Ohlig) M.; nach Mühlhausen i. Th. (Eisenwerk Thuringia) St.; nach Mülhausen, Sulz und Masmünster i. Elz. (Vogt & Co.) M.; nach Neumarkt Oberpf. (Kantlein) D.; nach Neustadt a. S. (Gersbusch) D.; nach Ravensburg (Honer) D.; nach Rumburg i. Böhmen (G. Thiele & Co.) D.; von Gürtlern, Metalldrückern, Schleifern und Metallformern nach Erfurt (Kleemann); von Keilschmiedern, Wachsbleibern und Schmieden nach Mannheim (Schiffs- und Maschinenbau-Alt.-Ges.) St.; von Klempnern, Flaschnern, Spenglern und Installateuren nach Bremerhaven, Geseßberg und Lehe St.; nach Chur, Schweiz L.; nach Darmstadt St.; nach Dortmund St.; nach Düsseldorf St.; nach Magdeburg St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Augsburg (Motorfahrzeugfabrik Heule & Weiß, Oberhausen) M.; nach Warmen (Eberfeld) M.; nach Chatarinenholm (Norwegen) St.; nach Chemnitz (Heinrich, Werkzeugmaschinenfabrik) St.; nach Chodan in Böhmen (Firma Gsch) St.; nach Darmstadt (Maschinenfabrik G. Göbel) St.; nach Frelstedt i. Braunschweig (Norddeutsche Zuckerraffinerie) M.; nach Gdrlitz (Egger & Cie.) D.; nach Hochdorf bei Luzern (Armaturenfabrik Strauß) St.; nach Kaiserlautern (Fr. Schimmelbusch, Keilschmiede) St.; nach Kassel (Eisenmöbelfabrik Schmidt & Keerl) St.; nach Lügemburg (Eisenmöbelfabrik Berl & Co.) St.; nach Mülhausen in Thüringen (Walter & Co., Maschinenfabrik) M.; nach Oberhausen (siehe Augsburg); nach Offenbach a. M. (Friedenhausen) St.; nach Schladen a. S. (Maschinenfabrik Dippe) St.; nach Schwemingen St.; nach Solingen; nach Straßburg i. Elz. (Quin & Co.) St.; nach Straubing (H. Sing) D.; nach Unna in Westfalen (Firma Breitenbach) M.; nach Wismar (Waggonfabrik) St.;

von Messerschmiedern nach Kassa in Ungarn M.; von Schlossern nach Dortmund (Louis Heymer) M.; nach Frankfurt a. M. St. M.; nach Hannover St.; nach Linz a. D., St.; nach Wiesbaden L.; von Silberarbeitern nach Hanau a. Main; von Spenglern, Metalldrückern, Schleifern und Arbeiterinnen nach Ulm (Industriewerke) St.  
 (Die mit M. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Wasregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)  
 Alle Mittelungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.  
 Der Arbeitssanahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitgließer ersucht, sich freizubewegen bei der Ortsverwaltung, den Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

## Zur Beachtung!

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen dringend, uns von allen Flugblättern und ähnlichen Kundgebungen, die sie erlassen, sofort nach dem Erscheinen mindestens zwei Exemplare zur Information zuzugeden. Es kann unter keinen Umständen gehen, daß wir erst durch die Gegner Kenntnis von den wichtigsten Vorkommnissen erhalten, wie dies namentlich in der letzten Zeit wiederholt geschehen ist. Auch gegnerische Flugblätter etc. sollten uns stets sofort überhandt werden.  
 Die Redaktion.

## Korrespondenzen.

- Former.  
 Ravensburg. Die Firma Honer schickt Großgußstücke (Stoßmaschinen) fort, um sie auswärts gießen zu lassen.  
 Klempner.  
 Düsseldorf. Die hiesigen Kollegen befinden sich seit dem 15. Juli im Streit, nachdem die Verhandlungen mit dem Innungsvorstand, die vom Gesellenauschuss geführt wurden, ergebnislos verliefen. Gleich am ersten Tage bewilligten acht Geschäfte mit etwa 84 Gehilfen den eingetragenen Tarif. Diese Unternehmer wurden aber von der Unternehmerrorganisation „Westdeutscher Verband selbständiger Klempner und Installateure“ gezwungen, die Bewilligung zurückzuziehen und wortbrüchig zu werden, indem man die Großhändler der Metallbranche zwang, diesen Geschäften das Material zu verweigern! Für die freirenden Kollegen ist das kein großer Nachteil, weil die Situation dadurch nur geklärt wurde. Am 17. Juli fand eine Innungsverhandlung statt, die in Form einer „Arbeitsordnung“ eine Reihe von Zugeständnissen machte. In einer Verhandlung des Innungsvorstandes mit dem Gesellenauschuss am 19. Juli wurde dann auch eine Einigung erzielt, vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Versammlungen. Die Versammlung der freirenden Kollegen nahm auch die Zugeständnisse an, die Versammlung der Innung dagegen lehnte jedes weitere Zugeständnis ab, die am 17. geschloßen hinaus ab. Der Streit dauert also fort. Wir weisen besonders auf die auswärtigen Bauten der beiden großen Installationsfirmen J. Wolferts und Hedfeld & Bauer hin. Die Firma Wolferts hat Bauten in Neulinghausen (Frankenhausen), Dortmund, Essen-Vorbeck (Frankenhausen), Köln (Villa Eppenstein), Düren, Aachen, Werden und Niederwalluf (Villa Margareta). Die Firma Hedfeld & Bauer hat Bauten in Duisburg und in Lübeck. — Der alten Dingen ersuchen wir die Kollegen zur fernhaltung des Zutugs.

**Kaiserlautern.** Die Arbeitsverhältnisse der hiesigen Spengler und Installateure sind ziemlich schlechte, woran allerdings das bisher schlechte Organisationsverhältnis schuld ist. Von geregelter Arbeitszeit keine Spur. Das Überstundenwesen ist zu einer ständigen Einrichtung geworden. Freilich gibt's hier noch Spengler, die froh sind, wenn sie Überstunden machen dürfen. Die Löhne schwanken zwischen 20 und 45 Pf. die Stunde. Bei auswärtigen Arbeiten gibt es meistens keine Zulage. Wollen die Spengler ihre Auslagen decken, so sind sie gezwungen, Überstunden zu machen. Um etwas geregelte Zustände zu schaffen, eruchen wir alle Spengler und Installateure, das Umfassen zu unterlassen und sich im Verbandsbüro zu melden. Dasselbst befindet sich der Arbeitsnachweis. Der Städtische Arbeitsnachweis ist ebenfalls zu meiden.

**Mechaniker.**

**Kassel.** So will, so befehle ich! Die Gewerbeordnung schreibt vor, daß in allen Fabriken, in denen mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, eine Arbeitsordnung bestehen muß. Wie die Arbeitsordnung beschaffen sein soll, darüber enthält die Gewerbeordnung nur einige Formvorschriften; wie eine Arbeitsordnung beschaffen ist, das hängt von dem Geiste ab, der den ober die Besitzer der jeweiligen in Betracht kommenden Betriebe befehle. Kurz und bündig, aber loyal wird ihr Inhalt sein, wenn der Unternehmer in dem Arbeiter den zweiten, ihm gleichwertigen, persönlichen Produktionsfaktor erblickt. Langatmig, einen Wust von Paragraphen enthaltend, wimmelnd von Kleinlichkeiten und Strafandrohungen, wird sie sein, wenn der Unternehmer dem Fabrikfeudalismus huldigt, wenn er sich zu dem Herrenstandpunkt bekennt, der seinen Ausdruck findet in dem sie volo, si jubeo: so will, so befehle ich! Diese großen und kleinen industriellen Scharfmacher tun gehen auch mit Vorliebe die gesetzliche Bestimmung, derzufolge vor dem Erlass einer Arbeitsordnung die großjährigen Arbeiter des Betriebs oder der ständige Arbeiterschaft Gelegenheit finden müssen, sich über den Inhalt der Arbeitsordnung zu äußern. Und endlich verleiht sich am Ende, daß diesen Fabrikherren "Arbeitsausschüsse", hervorgegangen aus geheimen allgemeinen Wahlen der im Betrieb Beschäftigten, in der Seele zuwider sind. Auch für den Betrieb der Firma A. und H. Gahn, Institut für militärisch-wissenschaftliche Instrumente, besteht eine Arbeitsordnung. Schon beim Betreten dieses Betriebs empfängt eine sonderbare Strafanordnung den Arbeiter. Volljährige Arbeiter haben nämlich vor der Aufnahme ihre Ausweis-papiere vorzulegen. Verstöße gegen diese Vorschrift werden laut § 3 Abschnitt 6 der Arbeitsordnung, "sofern nicht sofortige Entlassung erfolgt, mit 1 Mk. bis zur Hälfte des Tagesverdienstes bestraft". Außerst einladend! Selbstverständlich ist die Ausfertigung der angeordneten sofortigen Entlassung ungeschicklich. Die Nichtvorlage der Ausweis-papiere berechtigt nicht zu sofortiger Entlassung. Selbst beim besten Willen kann die Firma unmöglich jemand bestrafen, der noch gar nicht in ihrem Betrieb tätig ist. Ist er aber drinnen, dann nur mit Einwilligung der Betriebsleitung, die folglich einen Arbeiter, von dem sie sich die Ausweis-papiere nicht anshändigen ließ, nicht bestrafen kann. Nach beendeter Arbeitszeit sind bei solchen Arbeiten, bei denen die Maschinen besonders stark beschmutzt oder der Maschinenabwuschung ausgesetzt werden, die Arbeitszeit zu verlängern. Wer sich diese Zwangsverlängerung des Arbeitstages nicht gefallen läßt, wird mit 50 Pf. bis 1 Mk. bestraft. In dem Betrieb herrscht die "englische" Arbeitszeit. Gearbeitet wird von früh 6 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, also zehn Stunden, die nur unterbrochen werden durch eine viertelstündige Frühstückspause und eine 20 Minuten währende Mittagspause. Die sogenannte englische Arbeitszeit wird von vielen Arbeitern als Fortschritt gepriesen, und sie kam auch wirklich fortgeschritten genant werden, wenn sie acht, mit den Pausen aber höchstens neun Stunden beträgt. Die durchgehende zehnstündige Arbeitszeit, die nur durch zwei kurze Pausen unterbrochen wird, ist aber kein Fortschritt. Sie dient nur intensiver Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Nun hat es aber mit der hier in Frage stehenden "englischen" Arbeitszeit noch eine besondere Bewandnis. An den Sonnabenden hat nämlich jeder Arbeiter nach vollendeter Arbeitszeit noch 25 Minuten zum Aufräumen der Arbeitsstätten und zum Reinigen der Maschinen zu verwenden. Aber nicht genug damit. Bevorzugt ein Arbeiter diese Reinigung, die den Unternehmer keinen Pfennig kostet, schlecht oder ungenügend, so wird ihm eine Mark abgezogen. Das ist wohl eine der merkwürdigsten Bestimmungen, die in Arbeitsordnungen niedergelegt sind. Die Maschinen mehr den Profit des Unternehmers, ihre Instandhaltung liegt in seinem Interesse und es ist in keiner Weise zuzugeben, daß der Arbeiter irgend ein Interesse daran habe, außerhalb der Arbeitszeit, ohne Entschädigung, 25 Minuten zu opfern zum Reinigen der Maschinen und der Werkstätten. In dem Land der deutschen Buchdrucker ist denn auch ausdrücklich festgelegt, daß das Reinigen der Maschinen während der Arbeitszeit zu geschehen hat. Wird innerwärts der möglichen Probezeit das Arbeitsverhältnis durch die Firma gelöst, so wird der Abrechnung der ortsübliche Tagelohn zugrunde gelegt. So steht's in der Arbeitsordnung geschrieben, also munde nicht, du Glücklicher, der du bei der Firma A. und H. Gahn "Lohn und Brot" zu finden hoffst. Üblich ist, daß während der Probezeit beiden Teilen es vorbehalten ist, das Arbeitsverhältnis ohne gesetzliche Kündigung zu lösen, aber üblich ist auch, daß während dieser Zeit der vorher vereinbarte Lohn bezahlt wird. Bahnsche Spezialität ist es, die geleerten Arbeiter während der Probezeit eventuell mit dem ortsüblichen Tagelohn abzuweisen. Die vorstehend angeführten Tatsachen bilden einige "Freiheiten" aus den Abschnitten 1 bis 5 der Arbeitsordnung, die mit Strafandrohungen schon reichlich durchsetzt sind. Damit aber die Arbeiter der Firma A. und H. Gahn sich nicht etwa über Mangel an Strafen beklagen können, handelt der Abschnitt 5 noch im besonderen von den "Verböten und Ordnungsstrafen". Ordnung und Strafe müssen eben in jedem "Musterbetrieb" Hand in Hand gehen. Wer im Betrieb Wein (1), Bier oder Schnaps trinkt, bleich als Strafe mindestens 50 Pf. bis zur Hälfte des Tagesverdienstes. Wer fängt oder pfeift oder lacht, zahlt 50 Pf. Strafe. Wer auf dem Arbeitsplatz eines anderen "unbefugt" verweilt, zahlt ebenfalls 50 Pf. Strafe, ja sogar derjenige, der in den Klosetts, Wippen und bei den Rauchschächten "unnötig" verweilt. Das solche kleinsten Strafandrohungen überflüssig sind, wird durch die Tatsache erhärtet, daß 99 Prozent aller Betriebe ohne solche Bestimmungen auskommen. Bei Annahme von Lehrlingen vereinbart die Firma ausdrücklich, "daß die durch den Fortbildungsschulbesuch verfallene Zeit nach Ablauf der Lehrzeit nachzulernen ist". Da die Lehrzeit eine 3-jährige ist und die Arbeitsverhältnisse durch den Schulbesuch wöchentlich sechs Stunden beträgt, so würde ein Lehrling bei der Firma A. und H. Gahn etwa 17 Wochen "nachzulernen" haben. Solche Vorbehalte nachträglicher Lehrlingsausbildung erweisen geradezu die Notwendigkeit einer Gesetzesbestimmung, durch die derartige Bestimmungen strikte verboten werden. Die Löhne und die Behandlung der Arbeiter lassen auch nichts mehr als alles zu wünschen übrig. Mechaniker, die hier zu arbeiten anfangen, müssen schon etwas außerordentliches leisten können, wenn sie die Woche 18 bis 20 Mk. verdienen wollen. Um diese Zustände zu beseitigen, müßte aber kein Schimpfen und Änneren, die "nationalen" Arbeitervereinigungen, Richtung Reichsverband, werden auch keine Absicht haben. Wollen die Kollegen eine durchgreifende Änderung herbeiführen und mit einer solchen sanften Arbeitsordnung in Zukunft nicht mehr bestraft werden, gibt es nur den einen Ausweg, den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

**Metallarbeiter.**

**Eberswalde.** Der Wiesenthal versucht auch nach hier seine Janagame auszuüben. Nach einer Sitzung mit den Klempnern und Klempnergehilfen, in der auch unser Bezirksleiter, Kollege Zernicke, anwesend war und in der wir auch Gelegenheiten hatten, uns über die wahren Absichten und Ursachen der Wiesenthalgründung zu beschaffen, stellte sich mir ein Mitglied der lokalorganisierten Bau- und Hilfsarbeiter hiesigen Ortes vor. Auf meine Frage, was er denn eigentlich wolle, lud der gute Mann mich ein, neben ihm Platz zu nehmen. Als Gewürtsmensch, der ich nun einmal bin, glaubte ich dieser freundlichen Einladung Folge leisten zu können. Nur

packte der Biedermann der Sozialisten die ihm von Wiesenthal zugesandten Backbeeren aus. Eine Anzahl von Berichtskarten, Formulare etc. füllte er aus, um über die Zahl der in Eberswalde beschäftigten Rohleger und Installateure Aufschluß zu geben. Ruhig ließ ich meinen Gastfreund "sein Material" austreten und harpte der Dinge, die da kommen sollten. Pöblich setzte sich der Wiesenthalige Agitator in Positur und verlangte von mir über die ihm von Wiesenthal aufgegebenen Fragen Auskunft. Im ersten Augenblick mußte ich nicht recht, sollte ich den Mann wegen seiner Dummheit bedauern oder wegen seiner Frechheit grob kommen. Ich entschied mich für das erstere und sagte ihm: Schreibe nur Wiesenthal, wenn er etwas wissen will, soll er nur selber kommen, wir warten schon lange auf seinen werten Besuch. In einem ehrenvollen, nur einem Wiesenthal gebührenden Empfang werden es die Eberswalder Kollegen nicht fehlen lassen. Ohne seinen "lobenswerten" Auftrag erledigen zu können, mußte nun mein "Freund" sein "Agitationsmaterial" wieder einpacken und seine gewiß "außerordentlichen" Werbefahrt für den "großen" Wiesenthal einstellen. Die Kollegen von Eberswalde wird dieser Vorgang doppelt anspornen, jedem Versuch, die Metallarbeiter auseinander zu organisieren, energig entgegenzutreten. Für die Maulwurfsarbeit dieser Selben ist in Eberswalde kein Boden.

**Essen.** Herr Karl Lappe, Bandagist dahier, hat die übliche Eigenschaft vieler Unternehmer an sich, recht viel zu versprechen und nichts zu halten. Dieses trifft hauptsächlich beim Heiligen der Löhne zu. Einem Arbeiter, der kürzlich von der Brandstraße seinen Abschied nahm, ist von Herrn Lappe nicht einmal, sondern mehrere Male die Erhöhung des Lohnes versprochen worden. Doch Versprechen und Halten sind zwei verschiedene Dinge. Endlich wurde dem Kollegen die Sache zu bunt, er kündigte. Da mit einemmal war Herr Lappe gerührt, er wollte den Lohn erhöhen, doch der Kollege zog es vor, von dannen zu ziehen. Auch jetzt hat Lappe wieder einen Geniesreich vollführt, der es verdient, veröffentlicht zu werden, um die auswärtigen Kollegen vor Annahme von Arbeit bei der Firma Gebrüder Lappe zu warnen. Unter anderem wurde kürzlich ein Kollege eingestrichelt mit dem Bescheid, zeitweilig und noch ein Ende darüber Beschäftigung zu haben, selbstverständlich mit dem Hinweis auf baldige Lohnserhöhung. Herr Karl Lappe reifte darauf in die Sommerfrische. Als er zurückgekehrt war, wurde er gemahnt, die Zulage zu gewähren, doch vergebens. Aber eines Tages hatte sich Herr Karl Lappe einen anderen Bandagisten verschrieben und dem bösen Mahner wurde geflüchtet. Doch der Neuanfömmeling war auch so ein hartgesottener Sinder, dem die Versprechungen des Herrn Karl Lappe nach dieser Klarstellung nicht mehr imponierten, so daß er ebenfalls vorzog, die gasliche Stätte zu verlassen. Inbald ist der Welt Lohn, wird Herr Karl Lappe denken. Doch wir wollen hoffen, daß er in der Zukunft weniger verspricht, sondern mehr hält.

**Frankenthal.** Die Organisation hat im Verlauf eines Jahres am hiesigen Orte gewaltige Fortschritte gemacht. Sind doch in diesem Zeitraum über 7000 Mitglieder dem Verband zugeführt worden. Besonders ist die Organisation den bei der Firma Albert & Co. beschäftigten Arbeitern zugute gekommen. Dort waren aber auch Arbeitsverhältnisse vorhanden, die keinen Anspruch auf das Prädikat "lobenswert" hatten. Die Meister handelten meistens willkürlich; die Kollegen suchten durch Untertänigkeit und Liebedienerei ihre Position zu verbessern. Das dieses zu heillosen Zuständen führte und die Kollegen unter sich selbst Mißtrauen hegten, ist selbstverständlich. Der Arbeiterschaft stellte nur ein Dekorationstück dar. Er konnte, auch wenn er wollte, nichts für die Arbeiter tun, da es ihm am Rückhalt der Kollegen fehlte. Einige ältere organisierte Kollegen rafften sich aber auf — von der Erkenntnis getragen, daß es so nicht weiter gehen könne — und agitierten kräftig mit Erfolg für den Verb. Ein neuer Arbeiterschaft wurde durch freie Wahl der Arbeiter gewählt. Das brachte Leben in die dortigen Verhältnisse. Die Organisation leistete dem Arbeiterschaft das Rückgrat und so wurden Forderungen zunächst für einen Monteurtarif eingereicht, der auch im großen und ganzen im Sinne der Arbeiter zustande kam und wohl als musterhaft da steht. Das war der erste Fortschritt, der durch die Organisation errungen wurde; andere folgten nach. So waren unter anderem die festgesetzten Stundenlöhne der gesamten Arbeiter außerst niedrige. Da gab es verheiratete Tagelöhner, die einen Stundenlohn von 28 Pf. hatten. Gelehrte Arbeiter, Schlosser, Dreher, Schmiede, Form- u. i. w., hatten einen Stundenlohn unter 30 Pf. Es muß hier eingeschaltet werden, daß die meisten Arbeiter zwar in Akkord arbeiteten, aber die niedrigen Stundenlöhne wirkten reduzierend auf den Akkordverdienst. Der Arbeiterschaft mit der Ortsverwaltung befaßte sich mit der Sache und arbeitete einen Lohnvertrag aus, der der Direktion unterbreitet wurde. Die Firma lehnte aber die Forderungen scharf ab und betonte, daß sie nicht mehr gewillt sei, auf diesem Gebiet ein Entgegenkommen zu zeigen. Die Arbeiter, die mit ihrem Lohne unzufrieden seien, mögen sich eine andere lohnendere Beschäftigung suchen. Der Einigungsversuch der Direktion mißglückte. Energischer als je pochten die Arbeiter auf die Erfüllung der eingereichten Forderungen. Versammlungen fanden statt, die sehr besucht wurden. Die Firma lenkte nun ein und so wurden schließlich durch Verhandlungen die Lohnsätze geregelt. Nach den uns zugestellten Lohnlisten ist eine allgemeine Lohnserhöhung von 10 bis 15 Prozent vorgenommen worden. Die mit niedrigem Stundenlohn entlohnenden Arbeiter haben 2 bis 5 Pf. Zulage die Stunde erhalten. Protokollarisch wurde festgelegt, daß keinerlei Abzüge an Akkord- und Stundenlöhnen innerhalb zwei Jahren vorgenommen werden dürfen. Bei den Verhandlungen wurde betont, daß, wenn ein einzelner Arbeiter mit der neuen Festsetzung seines Lohnes nicht zufrieden ist, er dies bei den Meistern reklamieren kann. Mit dem Abschluß der Lohnbewegung können wir zufrieden sein. Wenn einzelne Kollegen vorgehanden sein sollten, die mit der Verbesserung ihres Lohnes nicht zufrieden sind, so müssen sie selbst die Initiative ergreifen, um eine bessere Regelung herbeizuführen. Die Organisation hat nur die Grundregeln geschaffen, die für beide Teile — Direktion und Organisation — innerhalb der Vertragsfrist bindend sind. Hoch anzuschlagen ist es, daß diese Verbejagung ohne Kampf auf friedlichem Wege geregelt wurde. Die Firma hat eben eingesehen, daß ihre Arbeiter in der Mehrzahl organisiert sind und daß diese auch eventuell die Konsequenzen auf sich genommen hätten. Hier bewahrheitet es sich, daß man nicht immer durch radikale Mittel Erfolge erreicht, sondern dadurch, daß erstens die Organisation ein festes Gefüge erhält, und zweitens, daß man ruhig und besonnen den Verhandlungsweg beschreitet. Die Arbeiter der anderen Fabriken mögen sich daran ein Beispiel nehmen. Den Kollegen bei Albert & Co. rufen wir nochmals zu, einig und fest zu der Organisation zu halten; dann werden wir auch die erlungene Position für alle Zukunft behaupten. Im Anschluß hieran können wir mitteilen, daß die Kollegen bei Herrn Pfeiffer, Turmgerätesfabrikant, eine 10- bis 15prozentige Lohnserhöhung auf dem Verhandlungswege errungen haben.

**Frankenthal.** Recht mißliche Verhältnisse existieren bei der Firma Kühnle, Kopp & Kauff, Abteilung Maschinenfabrik, die nicht zum letzten den dort beschäftigten Arbeitern zur Last gelegt werden müssen. Der Wechsel der Arbeiter ist sehr groß und wird einzig und allein durch das Benehmen des Obermeisters Müller hervorgerufen. Zahlreiche Fälle könnten wir anführen, wo verschiedene Arbeiter plötzlich ohne Kündigung ihr Arbeitsverhältnis lösten, weil Herr Müller Titulaturen gegen sie antrug etc., die dem Tierreich entstammen. Auf junge Leute sucht er unter Androhung von Kündigungsstrafen einzuwirken. Die Arbeiter, die ihre Löhne als Lehrlinge unter die Ohhut des Herrn Müller gegeben haben, sind zu bemitleiden. Als Skandal muß es bezeichnet werden, daß sich die Arbeiter die Behandlung gefallen lassen. Geht man der Sache auf den Grund, so kommt man zu dem Resultat, daß Herr Müller zwingend in verschiedenen Vereinen ist, zu deren Vergößerung er mächtig beitragen will. Leider sind Leute vorhanden, die aus purer Liebedienerei dem Meister den Gefallen tun und sich diesen Vereinen anschließen, um sich damit einen Vorteil zu verschaffen. Wird ein Arbeiter eingekleidet, so ist die erste Frage, ob er organisiert ist. Vor der Organisation hat Herr Müller einen heillosen Respekt; schade nur, daß die seiner Aussicht unterstellten Arbeiter

von dieser noch keinen Gebrauch gemacht haben. Ein dralischer Fall, der sich am 1. Mai ebenfalls zugezogen hat und der das Wesen des Herrn Müller charakterisiert, muß hier erwähnt werden. In dem Betrieb ist es Usus, das Überstunden gemacht werden müssen ohne jede prozentuale Vergütung und nur zu oft, ohne daß die Arbeiter vorher in Kenntnis gesetzt werden. Auch am 1. Mai wurde plötzlich durch Herrn Müller bekannt gemacht, daß Überstunden gemacht werden müssen. Verschiedene Arbeiter wollten aber der Einladung des Gewerkschaftskomitees Folge leisten und schickten sich an, Feierabend zu machen, um sich an der Maßfeier zu beteiligen. Diese Kollegen hatten aber die Rechnung ohne Müller gemacht. Der verschloß ganz einfach den Maschinenraum, wo die Kleider der Arbeiter aufbewahrt werden. Das despotische Machtwort des Herrn Müller lautete: keiner darf fortgehen. In keinem einzigen hiesigen Betrieb würden sich die Arbeiter solches gefallen lassen, aber in diesem Betrieb trauen eben die Arbeiter einander selbst nicht. Daher kommt es, daß die Gebote dieses Herrn Meisters keine Grenzen haben. Unter solchen Verhältnissen kann eine derartige Behandlung nicht weiter wundert werden. Aberall wird für Überstunden ein 25prozentiger Lohnzuschlag gewährt, nur in dem Betrieb der Maschinenfabrik Kühnle, Kopp & Kauff ist das nicht der Fall. Die dort beschäftigten Arbeiter haben noch nicht einmal den Gehaltsstand. Es wäre deshalb sehr notwendig, daß die dortigen Kollegen zur Einmütigkeit kommen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten, wie die überaus große Mehrzahl der Kollegen in den anderen Fabriken, wo durch die Organisation auch zum großen Teil schon bessere Arbeitsbedingungen errungen worden sind.

**Hamburg.** Eine Versammlung der Dreher, Maschinenbauer und deren Hilfsarbeiter, die sehr stark besucht war, tagte am 14. Juli im Gewerkschaftshaus. Die Tagesordnung lautete: "Stellungnahme zu den von uns aufgestellten Forderungen." Der Vorsitzende D. erläuterte die Ursachen und das Zustandekommen der Lohnbewegung und berichtete über die bisher mit der Ortsverwaltung gepflogenen Verhandlungen, worauf Franz über den jetzigen Stand der Angelegenheit referierte. Ursprünglich sei geplant gewesen, dieselbe in Verbindung mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Werften zu erledigen; infolge der Vorkommnisse in Kiel habe letztere sich jedoch verzögert, so daß es jetzt von der Verwaltung für richtig gehalten worden sei, die Forderungen für die Dreher, Maschinenbauer u. s. w. in den nicht werftmäßigen Betrieben gesondert zu behandeln. Am 1. Juli sei deshalb an den Verband der Eisenindustrie ein diesbezügliches Schreiben gerichtet worden, dem nachstehender Lohn- und Arbeitstarif beigefügt war: 1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über neun Stunden. Sonnabends ist 1/2 Stunde, an den letzten Tagen vor Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten sind je zwei Stunden früher Feierabend, jedoch ohne Lohnabzug. 2. Überzeitarbeit. Überstunden sind möglichst zu vermeiden. Müssen sie in dringenden Fällen gemacht werden, so ist dies den betreffenden Arbeitern möglichst einen Tag vorher mitzuteilen. Als Entschädigung für Überzeitarbeit wird ein Zuschlag gewährt, und zwar a) für Überstunden 25 Prozent die Stunde; b) für Nacht- und Sonntagstunden 50 Prozent die Stunde. Als Überstunden gelten die ersten zwei Stunden nach Beendigung der regelmäßigen Arbeitszeit, als Nacharbeit die darauf folgende Zeit bis zum Beginn der regelmäßigen Arbeitszeit. Dieser Zuschlag gilt auch für Akkordarbeiten, darf aber von der Akkordsumme nicht in Abzug gebracht werden. 3. Montagetarifen. Für Montagetarifen am Orte wird ein Zuschlag von 10 Pf. die Stunde gewährt. Bei Arbeiten außerhalb, von denen die Rückkehr des Abends nicht erfolgt, ist außer vollem Lohne noch Fehrgeld, nicht unter 3 Mk. den Tag (inklusive Sonn- und Feiertage) zu zahlen. 4. Entlohnung. a) Zeitlohn: Der Mindestlohn beträgt 55 Pf. die Stunde. Für Junggefellene kann der Lohn geringer sein, jedoch im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 45 Pf. die Stunde. Wo bereits höhere Löhne bestehen, darf der bisherige Lohnstand durch die Verfertigung der Arbeitszeit keine Verringerung erfahren. Die Lohnzahlung erfolgt an jedem Sonnabend und muß mit Schluß der Arbeitszeit beendet sein. b) Akkordarbeit: Bei Akkordarbeit ist der Preis vor der Übernahme der Arbeit zu vereinbaren und ein Akkordzettel, auf dem Preis und Stückzahl der anzufertigenden Arbeit verzeichnet ist, anzufertigen. Der Stunden- oder Tagelohn ist bei Akkordarbeiten zu garantieren, doch ist der Akkordpreis derartig anzusetzen, daß ein angemessener höherer Verdienst erzielt werden kann. Bei neuen Arbeiten, die zum erstenmal angefertigt werden, muß ein Überlohn von mindestens 25 Prozent gewährt werden. Bei Lohnakkord (speziell Reparaturen) werden 50 Prozent garantiert. Auf bereits bestehende Akkordsätze werden 10 Prozent ausgeschlagen. Regelmäßig wiederkehrende Akkorde werden in ein Preisverzeichnis eingetragen, das den Arbeitern jederzeit zur Einsichtnahme zugänglich ist. Eine Änderung des Preisverzeichnisses darf nur nach Zustimmung der Arbeiter erfolgen und nur dann, wenn infolge technischer Verbesserungen weniger Arbeit an dem betreffenden Stück zu leisten ist. 5. Unfallversicherung und Hygiene. Die gesetzlichen Arbeiterversicherungsbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Besonders ist für genügende Heizung und Ventilation der Werkstätten, tägliche Reinigung derselben, ausreichende Wassermengen und Verbandzeug zu sorgen. 6. Arbeitsnachweis. Der Arbeitsnachweis ist auf paritätischer Grundlage zu errichten. Für Unterrichtsraum, welche die Arbeitstenden vor der Witterung schützen, ist Sorge zu tragen. 7. Günstigere Arbeitsverhältnisse sollen durch die Vereinbarungen unberührt bleiben. 8. Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnungen müssen mit den obigen Grundregeln in Einklang gebracht werden. Der Sekretär des Verbandes der Eisenindustrie habe in einer stattgehaltenen Besprechung, die allerdings keinen offiziellen Charakter getragen habe, eine Beantwortung der Eingabe bis zum 14. Juli in Aussicht gestellt. Da eine solche Antwort jedoch nicht erfolgt sei, habe Redner sich wieder telefonisch an den Sekretär gewandt, worauf erwidert sei, daß der Bescheid in den nächsten drei, vier Tagen eintreffen dürfte. Aus diesem Grunde empfahl er nachdrücklich die Resolution, die Redner ausführlich begründete: "Die Mitgliederversammlung der Dreher, Maschinenbauer und Hilfsarbeiter nimmt Kenntnis von dem Bericht über die Bewegung und bedauert, daß dieselbe nicht weiter vorgeschritten sowie das geringe Entgegenkommen der Herren Arbeitgeber. Die Versammlung erhebt wohl an, daß eine friedliche Lösung dieser Frage in beiderseitigem Interesse liegt sowie auch die zweckmäßigste ist. Da aber eine bindende Zulage respektive Ablehnung noch nicht erfolgt ist, diese abzuwarten; um so mehr noch, dazu gesagt worden ist, eine solche in den ersten Tagen dieser Woche zu geben. Um aber so schnell wie möglich den Bescheid entgegenzunehmen zu können, beschließt die Versammlung, am Freitag den 19. Juli eine weitere Versammlung abzuhalten, um zu dem Resultat Stellung zu nehmen." In der sehr lebhaften Diskussion vertaten mehrere Redner den Standpunkt, daß man nicht warten dürfe, sondern sofort zur Arbeitsminderung schreiten müsse. Weitere Redner befürworteten dagegen die Resolution sehr eindringlich; ein paar Tage dürften in einer so ersten Frage keine entscheidende Rolle spielen. Hierauf wurde die Resolution gegen eine Stimme angenommen. Ein Antrag, die in einem Kündigungsverhältnis stehenden Kollegen möchten sofort kündigen, wurde aus denselben Gründen mit großer Mehrheit abgelehnt. Eine weitere Versammlung wurde am Freitag den 19. Juli abgehalten. Franz berichtete Namens der Ortsverwaltung, daß vom Verband der Eisenindustrie bezüglich des eingereichten Lohn- und Arbeitstarifs folgendes Schreiben eingegangen sei: "Auf Ihr Schreiben vom 1. dieses Monats, Lohn- und Arbeitsbedingungen für Dreher, Maschinenbauer und an Maschinen beschäftigte Hilfsarbeiter betreffend, teile Ihnen im Auftrag unseres Verbandes ergeben mit, daß wir über die Forderungen nicht früher in Verhandlung zu treten beabsichtigen, als bis über die neuen Forderungen, welche an die Werften gestellt worden sind, ein Einverständnis erzielt ist. Sowie dieses geschehen ist, wird unser Verband auf Ihr Schreiben vom 1. dieses Monats zurückkommen. Hamburg, 17. Juli 1907. G. Pfeiffer." — Redner fügte hinzu, daß nach längerer mündlicher und telefonischer Verhandlung heute in letzter Stunde die offizielle Mitteilung des Verbandes der Eisenindustrie eingegangen sei, daß in nächster Woche bestimmte Verhandlungen stattfinden würden. Die Zustimmung der Kollegen über die fortschreitende Beschleppung der Sache sei durch-

aus begeistern; die Verwaltung sei auch nicht sonderlich erbdut davon. Nachdem aber die offizielle, bestimmte Zustimmung abgegeben sei, dürften die Arbeiter sich nicht durch Voreiligkeit ins Unrecht setzen. Auf ein paar Tage dürfe es nicht ankommen. Es sei leicht, die Kollegen aus den Betrieben herauszuholen; dadurch würden aber die Verhandlungen unbedingt erschwert und fraglich sei es unwehlich, ob dadurch mehr erreicht werde, als wenn man in aller Stillschließung den weiteren Verlauf der Dinge abwartete. Er empfehle deshalb Annahme nachstehender Resolution: „Die pp. Versammlung erklärt, nachdem jetzt bestimmt zugesagt ist, daß Verhandlungen wegen unserer Forderungen in kürzester Frist stattfinden sollen, das Ergebnis dieser Verhandlungen abzuwarten, um uns nicht den Vorwurf machen zu lassen, daß wir die friedliche Erledigung der Angelegenheit verhindern haben. Die Versammlung beschließt deshalb, am Mittwoch den 31. Juli eine weitere Versammlung abzuhalten, um Stellung zu dem Resultat der Verhandlungen zu nehmen.“ — In der Disposition traten mehrere Redner unter anderem dafür ein, wenn nicht bis zu einem bestimmten Termin befriedigende Zugeständnisse gemacht seien, in den Streit einzutreten. Man dürfe sich nicht über den Dösel barbarieren lassen. Von anderen Rednern wurde demgegenüber betont, daß man nicht das Gefühl, sondern die tüchtige Überlegung walten lassen solle. Die Resolution wurde schließlich mit erheblicher Mehrheit angenommen.

**Ganna a. M.** Die Differenzen bei den Firmen Brader Söhne, Weib & Weller und Muenz (siehe vorige Nummer) sind zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt.

**Heilbronn.** In diesem Frühjahr tagte eine Werkstattversammlung der Arbeiter von Maier & Remshardt. Es wurde dann der Firma ein Schriftstück eingereicht mit den Forderungen: 1. Verlängerung der Arbeitszeit von 10 respektive 10 1/2 Stunden mit Vesperpausen auf 9 1/2 Stunden, 2. Samstag eine Stunde früher Feierabend, 3. Befreiung der bestehenden Mißstände. Der Kollege, der das Schriftstück übergab, unterhandelte auch mit der Firma über Garderobe, Schränke und eine moderne Wascheinrichtung. Die Firma gab ein Versprechen, es ist aber leider bis heute noch nichts geschahen. Die Antwort auf die eingereichten Forderungen erfolgte in einem Schreiben. Die Forderung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit lehnte die Firma ab, sie führte dafür folgende Arbeitszeit ein: Vormittags von 7 bis 12 Uhr mit einer viertelstündigen Vesperpause, nachmittags von 1/2 bis 6 Uhr ohne Vesperpause. Samstag ist um 5 Uhr Feierabend, dafür wird aber am Montag um 7 Uhr statt wie bisher um 8 Uhr angefangen. Die Vesperpause vormittags gilt als Arbeitszeit und wird bezahlt, es ist somit eine viertelstündige Verkürzung der Arbeitszeit erreicht worden. Wir müssen nun auf einige Punkte aus dem Schreiben näher eingehen. Es wird darin unter anderem darauf hingewiesen, daß der Firma durch die viertelstündige Verkürzung der Arbeitszeit eine jährliche Ausgabe von 1200 Mk. entsteht. Diese Behauptung ist falsch, denn bei verlängerter Arbeitszeit steigt die Leistung des Arbeiters. Aber selbst wenn die Leistung des Arbeiters bei der längeren Arbeitszeit nicht steigen würde, so kann die Angabe von 1200 Mk. Verlust trotzdem nicht richtig sein, da zur vier Fünftel der Arbeiter in Accord beschäftigt sind. Weiter wird in dem Schreiben die Dienstleistung der Lehrlinge (Vesperpausen für die Arbeiter) angeführt. Die Arbeiterchaft sieht schon lange auf dem Standpunkt, daß die Lehrlinge nicht zu solchen Dienstleistungen verwendet werden sollen, aber das Fahrradputzen für den Prinzipal sollte ihnen auch erspart werden. Und noch so manches andere! Die Wascheinrichtung ist ein Unikum, sie ist völlig ungenügend, in dem Maße herrscht zeitweilig eine Zugluft, die der Gesundheit schädlich ist. Ein weiterer Mißstand ist, daß in dem Betrieb für gebrochenes Werkzeug vom Lohn abgezogen wird, speziell für Spezial- und Gewindebohrer, gleichgültig ob der Arbeiter schuld ist oder nicht. Die Firma sollte bei Anschaffung von Werkzeug mehr auf die Qualität achten und dem Werkzeugmacher (Werkzeugverwalter) einen angemessenen Stundenlohn bezahlen, damit er nicht mehr nötig hat, neben der Herstellung des Werkzeugs in Accord zu arbeiten. Die Arbeiter haben natürlich selbst einen Teil der Schuld, daß es so ist. So ist zum Beispiel ein gewisser Wohlhabt da, der in Accord arbeitet, dabei aber drei bis fünf Lehrlinge unter sich hat. Von ihrer Ausbildung im Beruf kann dabei keine Rede sein. Ferner hat dieser A. in letzter Zeit den Verkauf gemacht, auf seine Kollegen einzuwirken, das sie aus dem Accord austreten. Es haben auch bereits zwei Kollegen ihren Austritt erklärt, hoffentlich werden sie sich eines besseren besinnen lassen. Den Kollegen von Maier & Remshardt rufen wir zu: Wollt ihr, daß eure Arbeitsverhältnisse besser werden, so schließt euch Maier für Maier dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, denn nur dann könnt ihr etwas erreichen. Beachtet auch in Zukunft die Versammlungen besser, denn es ist nicht nur erforderlich, daß man Mitglied des Verbandes ist, sondern man muß auch immerfort für ihn tätig sein.

**Schneidb.** Wir sehen uns gezwungen, einiges über die Arbeitsverhältnisse der Norddeutschen Zuckerraffinerie in Stellhardt der Öffentlichkeit zu übergeben. In Schöne werden hier bezahlt 32 bis 36 Pf. die Stunde. Die Arbeiter beträgt 10 Stunden. Es werden aber viele Überstunden gemacht. Für diese gibt es keinen Zuschlag. Nur für Sonntagsarbeit werden 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Als kürzlich ein seit zehn 10 Jahren dort beschäftigter Arbeiter um eine Erhöhung seines Stundenlohnes von 32 Pf. vorstellig wurde, erhielt er zur Antwort, wenn er in 10 Stunden nicht genügend verdiene, so könnte er ja 12 oder 14 Stunden arbeiten. Dagegen und Behandlung lassen sich zu wünschen übrig. Um eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen, haben sich die Kollegen organisiert. Dies ist nun der Betriebsleitung hinterzogen worden, die jetzt versucht, genügend Arbeitskräfte von ausswärts heranzuziehen, um die Organisierten entlassen zu können. Dies zu verhindern, ist Pflicht jedes Kollegen. Das kann nur dadurch geschehen, daß der Zugang streng ferngehalten wird.

**Kaiserlautern.** Die Verhältnisse bei der Firma Kohlhaas & Sohnjäger (Fabrik für Belenztungsarbeiten) bedürfen einer Beachtung. Die Firma hat immer mehr Schmach nach billigeren Arbeitskräften. Sie beschäftigte früher 6 Gürtler, jetzt nur noch einen. Dafür werden Sechshundert gehalten und Schloßer als Gürtler angelernt. Früher suchte sie tüchtige selbständige Arbeiter, diese haben ihr aber nicht bezahlt, weil sie selbständig waren. Deshalb werden sie so behandelt, daß sie bald wieder gehen. Die Gürtler, die nun bei der Firma arbeiten, bleiben höchstens acht Wochen bei dem Beschäftigten dort. Sie bekommen nur zu den Gürtlern, die die ersten Schloßler angelernt haben. Die Schloßer Herr und Herrgen waren Betriebsmitglieder, bis sie in die Gürtlerarbeiten eingeworfen wurden, sie haben dann den Verband den Rücken gekehrt und sind jetzt in Lautern, wo Herr Kohlhaas' Sohnjäger ist, die Geschicklichen. Herr Kohlhaas' Sohnjäger übernahm eine besondere Vorliebe für die Leute mit dem Namen Lautern zu haben, denn diese werden bei Einstellungen bevorzugt. Aber nicht etwa wegen ihrer eigenen Tugenden, sondern weil sie für 25 und 26 Pf. Stundenlohn arbeiten. Er wenig tüchtige Leute stellt der Meister Germer, der früher in Mainz Buchbinder meisters Verbands war. Der drei Jahren lang er zur Firma Kohlhaas & Sohnjäger, ließ sich vom Verband den Austritt verweigern, weil aus dem Verband aus und begann seine Tätigkeit als Buchbinder. Germer macht vor allem demnach billige und willige Arbeitskräfte zu bekommen, wodurch er seine Stellung zu befestigen glaubt. Bei Beginn seiner Arbeit war er ausgesprochen, jetzt ist er ruhig, nur mit Gehörlosigkeiten hat er sein Plausibilisierendes. Die Firma beschäftigt einen Metallarbeiter, der bei ihm längere Zeit los werden sollte. In Bezug auf seinen Beruf ist ihm nichts anzuhaben, aber er ist organisiert und selbständig, läßt sich nicht von jedermann heranzuziehen. Jetzt wurde ihm geboten, daß die Firma jetzt in ausserordentlichen Zuständen auch ein Hausarbeiter zu beschäftigen, tüchtige Arbeiter. In Bezug auf Beschäftigungen steht es mit aus, an den ersten Schloßlerarbeiten hat kein Arbeiter, welche erlangen sich gar oft. Die Arbeitsverhältnisse sind auch ungenügender. Die Firma geht einseitig her und macht bei den Metallarbeiten der 11 Tage durch und läßt die einseitige Beschäftigung für. Also haben die Arbeiter vertragen und den einseitigen einseitigen Beschäftigung. Das macht die Firma, ohne Rücksicht auf den Arbeiter zu scheren und ohne sich zu beschäftigen.

Vorschriften zu kümmern. Wir können den auswärtigen Kollegen nur dringend empfehlen, diesen Betrieb zu meiden!

**Landsberg a. M.** In der Nr. 27 des Regulator's schreibt ein leitender (leitender) Herr des Ortsvereins Landsberg unter der Epithete: „Versprechen und nichts halten“ über zwei Fälle. In dem einen soll der „Bevollmächtigte“ unserer Verwaltungstelle einem Lehrling gesagt haben: „Wenn du in den Verband übertrittst, bleibst du aber im Gewerksverein, kostet das Stück 25 Pf.“ Im zweiten Falle soll derselbe „Bevollmächtigte“ zu einem anderen Lehrling gelegentlich des Gewerkschaftsfestes (das den Hirschen schwer in den Knochen zu liegen scheint) gesagt haben, wenn er, der Lehrling, den Umzug mitmache, würde er „alles frei haben“. Weiter soll der „Bevollmächtigte“ gesagt haben: „Rechtlich gibt es nur bei Unfällen.“ So viel Worte, so viel Lügen. Zu verwundern ist nur, daß das an chronischen „Schwindelanfällen“ leidende Hirschen in Landsberg nicht gefahren hat, der „Bevollmächtigte“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat die dem Gewerksverein im letzten Jahre in Landsberg verloren gegangenen Hunderte von Mitgliedern verschluckt. Der Eigenregulator hätte das auch abgedruckt. Zur Sache selbst ist zu sagen: Unser Bevollmächtigter in Landsberg ist Former und nicht Werkzeugmacher, er kann also dem „Lehrling“ eine solche Antwort unmöglich gegeben haben. Zweitens: der angeführte „Lehrling“ ist ein Schlossergehülfe im Alter von 22 Jahren, der dem Schreiber dieses ausdrücklich erklärte, daß ihm eine solche Antwort nicht gegeben wurde. Da der Eigenregulator des Regulator genau weiß, daß der Bevollmächtigte des Verbandes Former ist, hat er offensichtlich gelogen. Der angeführte Lehrling (22jährige Schlossergehülfe) ist Mitglied des Gewerksvereins und dem Berichterstatter des Regulator auch genau bekannt, der Eigenregulator hat also auch in diesem Falle offensichtlich gelogen. Der zweite Fall betrifft einen wirklichen Lehrling. Aber auch hier ist der Bericht im Regulator erstunken und erlogen. Weder ein Funktionär noch ein Mitglied des Verbandes hat den Lehrling zu überreden versucht, an dem Gewerkschaftszug teilzunehmen. Der Lehrling blieb am Montag und Dienstag von seiner Arbeit fern und wurde dann entlassen. Das leidende Hirschen dreht diese tatsächlichen Umstände der Entlassung um und läßt, daß dem Lehrling zugerechnet worden sei, am Umzug teilzunehmen und die Folge davon die Entlassung gewesen wäre. Rechtlich soll es nur bei Unfällen im Verband geben. Ja, glaubt denn der Regulator und seine Getreuen, daß sie mit solchem Hirschen noch bei denkenden Arbeitern Anklang finden? Die Sache ist doch zu dünn und einfältig, als daß nicht jeder den Zweck dieser Verlogenheit erkennen müßte. Wie zum Hohne schreibt der Regulator am Schluß des Schwindelberichtes, daß ihm diese Nachricht von „äußerlich glaubwürdiger“ Seite zugegangen sei und deswegen ohne weiteres abgedruckt wurde. In Landsberg denkt man anders über die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen des Regulator. Selbst Mitglieder des Gewerksvereins haben den „glaubwürdigen Bericht“ als erlogen bezeichnet. Der Zweck des Schwindelmanövers, die leidenden Personen des Verbandes aus der Arbeit bringen zu wollen, ist aber dem jauberen Patron nicht gelungen. Wehlich, der Reichs-Ligenverband kann nicht schloßer verdächtigen und verleumdend, bei dem „glaubwürdigen“ Berichterstatter des Regulator können seine Agenten noch etwas lernen.

**Hirschheim.** Am 13. Juli fand im Schwarzen Adler eine von dem Hirsch-Dumderjchen Gewerksverein einberufene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, zu der man sich den Herrn Gleichauf verpflichtet hatte, der über die Stellung der Gewerksvereine in der Arbeiterbewegung referierte. Diese Versammlung war als Gegenversammlung gegen die fünf Tage vorher von unserem Verband abgehaltene Versammlung gedacht. Wie unsere, so war auch die von den Hirschen einberufene Versammlung gut besucht. Nach den Feststellungen des Lokalbesizers waren 1140 Stühle gestellt, die besetzt waren. Außerdem fanden auch noch eine größere Anzahl Kollegen. Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende des früheren Lokalverbandes der Gold- und Silberarbeiter, der sogenannte „Lokal-Maier“. Außer Herrn Gleichauf und dem Bezirksleiter Kezer waren noch zwei andere Führer des Gewerksvereins erschienen. Nach der Eröffnung meldete sich Kollege Haba a. z. zur Geschäftsordnung. Das Wort wurde ihm vom Vorsitzenden zunächst verweigert. Nach etwas Hin- und Herreden konnte Haba endlich bemerken, daß die anwesenden Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein reines Interesse daran hätten, daß die Versammlung ruhig verlief. Deshalb wünschte er, daß das Bureau paritätisch zusammengesetzt werde. Zu den leitenden Personen des Gewerksvereins, die bereits im Bureau saßen, sollte noch ein zweiter Vorsitzender, ein zweiter Schriftführer und zwei Beisitzer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband gewählt werden. Die Vertreter des Gewerksvereins weigerten sich, über diesen Antrag abstimmen zu lassen. Hiermit erklärte Haba, wenn die Gewerksvereine einen beratigen Wert darauf legen, das Bureau selbst in den Händen zu behalten, so würde er damit auch einverstanden sein, wenn die Zustimmung gegeben wird, daß dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes volle Redefreiheit gegeben wird, wie sie von unserem Verband dem Bureau des Gewerksvereins in der Versammlung gesichert wurde, in der Schilde sprach. Es wurde schließlich beschlossen, daß nach jedem Redner des Gewerksvereins vier von uns sprechen dürfe und die Reden dreiviertel Stunden betrage, so lange als Kezer am 10. Juli gesprochen hatte. Darauf begann Gleichauf mit seinem Vortrag. Der dieser Redner schon in solcher Versammlungen hat reden hören, in denen die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und beauftragte Redner darunter sind, der wird wissen, wie er in solchen Versammlungen spricht. Er sang das alte Lied, daß es nur Zahlen bereits gelungen hat, indem er es verneint, die Anwesenden durch Angriffe auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu provozieren. Er fing damit an, das am letzten Mittwoch eine Versammlung stattgefunden habe, in der der Verbandsvorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Herr Schilde, schwere Vorwürfe gegen den Gewerksverein erhoben habe. Er behauptete, daß die schärfsten Gegensätze, die zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Gewerksverein bestehen, in der Hauptsache „aus einem anderen Gebiet“ als auf dem von uns häufigsten liegen. Schilde habe dies bewiesen, indem er auf dem letzten Verbandstag die Äußerung tat: „Die Gewerkschaften sind die Partei.“ In diesen Worten lag Gleichauf an und wies dann die „Kleinheit“ der Gewerksvereine. Jedes politische und religiöse Thema müßte aus der Gewerkschaftsbewegung entfernt werden. Der Gewerksverein habe von jeder dieser Themen abzuweichen und in diesem Sinne gewirkt. In der Reihe redete G. weiter, indem er sich vornehmend mit der Religion, mit der Stellung der Sozialdemokratie, mit der Politik, mit der Forderung der Sozialdemokratie zur Annahme in der Gesetzgebung u. s. w. beschäftigte. Er kam jetzt bis auf das Mittelalter zurück, betrauerte das Jahr 1848, kam auf die Abschaffung der Bräutigams- und Jungfrauen- und verführte eine psychologische Erklärung zu geben. Die Versammlung hätte die fünfzigjährigen Jubiläumstage ohne besondere Umherverbringen an. Nur hier und da, wenn der Redner etwas derartiges sagte, wurde ihm durch Jemand eine gegenständige Ansicht eingeschoben. Besonders bemerkenswert ist, daß Gleichauf auf das Jubiläum des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des beim Eingang zur Versammlung verteilt worden war, mit keinem Worte eingieng, obwohl er es sehr annehmbar gefunden hätte. Das Jubiläum enthält die Antwort auf die Epitheten, die der Generalrat des Gewerksvereins bei der Metallarbeiterbewegung beifügt hat. Als erster Vortragender kam Herr Schilde, der Vorsitzende der Versammlung, der in Nr. 100 der Reichs-Vollständigen Zeitschrift veröffentlichte Versammlungsbericht der Gewerkschaftsbewegung kritisierte. In diesem Versammlungsbericht wurde hauptsächlich behauptet, daß eine große Zahl Hirschheimer Goldarbeiter, die sich den drei letzten Jubiläumstagen anwesenden Geharn der Gruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht fügen wollten, einen Schwereim gegarbart haben, der seiner Wirkung an dem Gewerksverein verlor. Vorhölzer wies dieses ganze Artikel, der als der langwierigsten Zusammenfassung die ganze Zusammenfassung unter den Anwesenden hervorrief. Es heißt dann unter anderem: „Sie (die Hirschheimer Goldarbeiter) haben ein eigenes Lied die großen Taten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verspart und zeigen keine Lust mehr, sich von den

Verbandsführern am Gängelbande leiten zu lassen. Eine Bewegung im vorigen Jahre, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Szene setzte, war natürlich, wie überall, große Verprechungen gemacht und als es ernst werden sollte, wenig gehalten wurde, jetzt ist keine Rede mehr.“ Vorhölzer wies in Zahlen nach (siehe auch unsere Artikel über die Gold- und Silberarbeiterbewegung in Nr. 4 dieses Jahres, Red.), was trotz der schwachen Organisation, die vorher in Hirschheim bestanden hat, durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband in Hirschheim erreicht wurde. Die fast einhellige Zustimmung der Versammlung bekräftigte, daß die Hirschheimer Goldarbeiter auch die Ergründungserfahrungen anerkennen, und daß der Hirsch-Dumderjche Heberbericht die Wirkung auf sie verhehle. Auf den ganzen längeren Bericht einzugehen sei unmöglich, nur eine faulstielige Lüge müsse hervorgehoben werden. In dem Bericht heißt es: „Die zur Versammlung erschienenen Kollegen Kezer und Streib von Seiten des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter hielten ihnen (Schilde) ein derartiges Spiegelbild vor Augen, daß sie noch lange daran denken werden. Lautlose Stille herrschte in Saale, als Kollege Streib in großzügigen Ausführungen die Angriffe Schildes zurückwies. Ausgestattet mit reichem Material, dessen Inhalt nicht im mindesten seitens des Referenten bestritten werden konnte, führte Kollege Streib den anwesenden Metallarbeitern die „Taktik“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anderen Richtungen gegenüber vor Augen, wofür er treffliche Beispiele anführte. Die Herren „Oberführer“ am Vorstandstisch wurden nach und nach ganz nervös. Müßten sie doch sehen, daß aus den eigenen Reihen dem Redner Beifall geollt wurde und wir glauben sicher zu sein, daß die Hirschheimer Goldarbeiter nun für den wahren Charakter dieser sogenannten „freien“ Organisation den richtigen Blick erhalten haben und daß sie jetzt lieber sich der parteipolitisch freien und religiös-neutralen Berufsorganisation des Gewerksvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter anschließen werden.“ — Die Äußerungen der Versammelten, als diese Stellen verlesen wurden, bewiesen allerdings das Gegenteil, denn Rufe über die angeführten Lügen erklangen aus der Mitte der Versammelten. Vorhölzer geisterte ebenfalls die Unwahrheit, die aus jeder Zeile des Berichtes hervorgeht. Er wies auch darauf hin, daß darin weiter behauptet werde, von den Tausenden von Mitgliedern, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Hirschheim habe, seien zur Versammlung des Kollegen Schilde nur einige Hundert erschienen. Vorhölzer stellte fest, daß er nach erfolgter Nachfrage beim Lokalbesizer die Versicherung bekommen habe, daß in der Versammlung, in der Schilde sprach, 1150 Stühle gestellt waren, die sämtlich besetzt waren, und außerdem standen an der Türe und an den Seitengängen sowie auf den Galerien noch eine ganze Anzahl Zuhörer. Vorhölzer wies auch darauf hin, worin die religiöse und politische Neutralität des Gewerksvereins bestehe, indem er den im Jahre 1902 erst abgegeschafften Nevers anführte und außerdem zitierte, daß Gleichauf auf dem betreffenden Verbandstag, wo der Nevers abgegeschafft wurde, ausdrücklich erklärt habe, daß es trotzdem beim alten bleibe. Er wies auf das Verhalten des Gewerksvereins bei verschiedenen Streiks hin und wollte am Schluß noch die Zahlen anführen, die den stufenweisen Rückgang des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter zeigen sollten, als ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam machte, daß seine dreiviertel Stunden abgelaufen seien. Trotz allen Protestes der Versammlung und des Redners gelang es nicht, daß er noch einige Minuten reden konnte. Nach Vorhölzer kam Kezer, der es verstand, die Versammlung durch seine auffälligen Unwahrheiten zur Entrüstung zu bringen, so daß ein Weiterreden für ihn unmöglich war. So hatte er in der Versammlung, in der Schilde sprach, angeführt: Er sei zufälligerweise nach Hirschheim gekommen, er sei durch die Platane auf die Versammlung aufmerksam gemacht worden etc. In dieser Versammlung führte er nun auf die ihm gegenüber gemachten Vorhaltungen an, daß er damals nicht gesagt habe, er sei zufälligerweise nach Hirschheim gekommen, sondern er habe ausdrücklich betont, seine Ausführungen hätten gelauret, er sei nicht zufälligerweise nach Hirschheim gekommen. Darob große Entrüstung in der Versammlung, weil ein großer Teil der Anwesenden in der vorigen Versammlung anwesend war und die Unwahrheit der jetzigen Ausführungen Kezers bekräftigen konnte. Da Kezer, wie gesagt, die Versammlung fortgesetzt provozieren, wollten schon viele den Saal verlassen. Da ergriff Kollege Majatsch ohne Zustimmung des Bureaus das Wort und ersuchte die Anwesenden, sich ruhig zu verhalten, da ihnen noch eine Resolution zur Abstimmung unterbreitet werden würde. Es gelang, die Ruhe für kurze Zeit herzustellen, aber Kezer brachte es durch seine Provokationen dahin, daß der Vorsitzende die Versammlung auf eine halbe Stunde vertagen konnte. Während der Pause ersuchte Majatsch die Versammlung um Ruhe und erklärte, daß er willens sei, jetzt die Resolution zur Verlesung zu bringen. Nun war der Teufel los. Von dem Versammlungsleiter und von Gleichauf gleichzeitig aufgefordert, das Rednerpult zu verlassen, widrigenfalls vom Hausrecht Gebrauch gemacht würde, gab er nach dreimaliger Aufforderung nach. Es entstand natürlich abemals große Entrüstung in der Versammlung. Der Kollege Hubac eruchte darauf in einem Anflug von Humor die Versammlung, ihr Wort abzugeben und über die Resolution ohne Kenntnis ihres Inhaltes abzustimmen. Es wurde einstimmig so beschlossen. (Die Versammlung war selbstverständlich überzeugt, daß die Resolution nur für den Deutschen Metallarbeiter-Verband günstig lautet.) Aus der Versammlung ergriff dann ein Kollege das Wort und ersuchte die Versammelten, die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes aufzufordern, die Ortsverwaltung dazu zu geben, die Versammlung jetzt zu verlassen und zu verlangen, daß er den nächsten Tagen eine andere Versammlung stattfinden, in der man sich endgültig über die Sache aussprechen, die Resolution verlesen und annehmen könne. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden und bis auf circa 15 Personen verließen die Anwesenden den Saal. Eine derartige Abfuhr hatten die Hirschen wohl nicht erwartet. Es ist ihnen und ihrem General Gleichauf gezeigt worden, daß die Hirschheimer Arbeiterchaft trotz der Mängel eines ruhend Unzufriedener sein zum Metallarbeiter-Verband nicht. Gleichauf kann noch zufrieden sein, daß die Versammlung so ausgegangen ist, denn würden noch weitere Redner des Metallarbeiter-Verbandes vom Worte genommen sein, dann würde man ihm seine Ausführungen und sein jesuitisches Verhalten in dieser Versammlung, seine Ausfälligkeiten in einer Versammlung in sich und die von ihm ausgehenden verächtlichen Gerüchte über Schilde, als ob sich dieser von den Hirschen durch ein Fräulein und Geld habe lauten lassen, entgegengehalten haben. Die Auszeichnung eines solchen Gerüchtes ist ein Lästerstück, wie man es allerdings nur von jener Seite erwarten konnte. In dieser Versammlung wurde dem Gleichauf die Meinung darüber eingeschüttelt gesagt worden sein, wenn nicht sein Spießgeselle Kezer den vorzeitigen Schluß der Versammlung herbeigeführt hätte.

**Schlade a. Harz.** Der Herr Oberingenieur Holzgrafe von der Firma F. Dürse dampfte eines schönen Tages wohlgehumt und hegestruppig gen Dortmund, um im dortigen Generalanleger nach tüchtigen Kesselschmieden und Helfern bei sehr hohem Lohne nach einer Stadt im Harze zu annoncieren. Er hatte auch das zweifelhafte Glück, einen guten Fang signalisieren zu können, mooson aber die Leitungen der Gewerkschaften zu gleicher Zeit genau unterrichtet wurden. Alle Vorbereitungen zu einem würdigen Empfang waren von der Firma getroffen. Am Montag den 22. Juli abends kam ein Trupp von zwölf Mann. Dem Kollegen G. Hammer schiedlich-Franzschweig gelang es jedoch, die Leute zu informieren. Die unter jenseits Portiergelumme nach hier Gelackten erklärten sofort, daß sie die Arbeit nicht annehmen würden. Am Dienstag morgen erschienen die fremden Kollegen in der Fabrik, um ihre Papiere wieder in Empfang zu nehmen, die ihnen mit 350 Mk. auch ausgehändigt wurden. Damit gaben sich die Kollegen keineswegs zufrieden, sondern verlangten für zwei Tage Lohn, der ihnen nach längerem Hin und Her mit 750 Mk. zuteil wurde. Der Herr Oberingenieur dürfte daran gekrankelt haben, daß man nicht ungefragt auf Erden wandelt, wenn man mit der Wahrheit ein Spiel treibt. Wie man von den Hergelackten erfahren konnte, sind in Bezug auf Söhne jenseits Angelegenheiten gemacht worden, so daß die Streikenden mehr als zufrieden wären, wenn ihnen solche gewährt würden. — Zugang ist ferngehalten.

Schweiningen. Hier sind noch circa 300 Uhrenarbeiter außer Arbeit. In mehreren Betrieben sind alle Arbeiter wieder eingestellt worden, in anderen soll dies „wegen Mangel an Arbeit“ noch nicht möglich sein. Der Zugang ist deshalb noch strengstens fernzuhalten.

Solingen. Die Zustände im Beruf der Taschen- und Federmesserhersteller haben seit dem Übertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband nur die eine Änderung erfahren, daß ein neues Preisverzeichnis erreicht wurde, das den Arbeitern wesentliche Vorteile in finanzieller Beziehung brachte. Sonst aber sind die Verhältnisse nicht viel anders geworden. Das muß nun so mehr betont werden, als die ganze fernere Entwicklung von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden muß. An und für sich ist ja die Verständigung unter den Heidern (den Zusammengehörigen der Taschen- und Federmesser) schon deshalb schwierig, weil sie als Heimarbeitler nicht in dem regen Gedankenaustausch stehen, wie die Fabrikarbeiter und die meisten Schleifer im Solinger Bezirk. Desto mehr sollte man aber erwarten, daß die Versammlung den geistigen Mittelpunkt für die Heider darstellen müßte, besonders auch schon deshalb weil ihnen ja auch beim Übertritt erklärt wurde, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentlich davon abhängen, wie sie selber innerhalb der Organisation ihre Interessen vertreten. Gewiß, etwas besser als früher sind ja im Durchschnitt genommen die Versammlungen besucht, aber das, was sie eigentlich darstellen müßten, sind sie nicht. Das ist nun so bedauerlicher, als die Differenzierung in der Art und Weise der Herstellung der Arbeit immer größer wird und das Innehalten des anerkannten Preisverzeichnisses doch nur von dem Verständnis abhängig ist, das allein durch regen Meinungs- austausch und kollegialen Verkehr erinnglicht werden kann. Den besten Beweis dafür liefert der Bericht der Kontrollreue. Dort nämlich, wo die Kollegen dichter zusammen arbeiten und in regem Meinungs- austausch stehen, lassen sich fast gar keine Differenzen feststellen, während an den Stellen, wo die Kollegen weniger miteinander in Berührung kommen, allerlei auszuheken war. Daß dies nicht allein Schuld der Fabrikanten, sondern auch der Arbeiter, in diesem Falle der Heider, ist, liegt auf der Hand. Die letzten Versammlungen wandten diesen Dingen ihre besondere Aufmerksamkeit zu und es ist auf Beschluß dem Fabrikantenverein sowie den einzelnen in Frage kommenden Fabrikanten mitgeteilt worden, daß die Organisation darauf besteht, daß die Abmachungen innegehalten werden, die festgelegt worden sind. Mit größter Gewissenhaftigkeit sollte jeder Kollege darauf sehen, daß er bei seiner Arbeit den Lieferzettel mit erhält, auf dem Stückzahl, Qualität und Preis enthalten sein muß. Die Kollegen machen sich geradezu verdächtig, „nirgendfalls unter Preis zu arbeiten“, wenn bei ihnen andere Lieferzettel angetroffen werden, das heißt solche, die unvollständig ausgefüllt sind. Ferner wurde in den Versammlungen der regen Gegenagitation gedacht, die von dem Solinger Industrieverband entfaltet wird. Welche Personen dabei benützt werden, soll unseren Kollegen nicht vorenthalten bleiben. Nach dieser Richtung macht sich der Heider Baupel besonders „nützlich“. Er brachte es fertig, sich schon zweimal in den Deutschen Metallarbeiter-Verband aufnehmen zu lassen, um jetzt Industrie- verbänder zu werden und Miniarbeit zu treiben. Dieser Baupel war es aber auch, der Unterstützung beanspruchte, ohne seine Pflichten erfüllt zu haben, der die Ertragsbeiträge für Löhne zu zahlen versagte und der dann meinte, der Geschäftsführer hätte die Verpflichtung gehabt, ihn persönlich daran zu erinnern. Was also Tausende von Mitgliedern wissen, weiß Baupel nicht, und solche Leute agitieren für den Lokalverband. Doch zurück zu der Kontrolle. Dieselbe hat noch mehr Resultate gezeitigt. Es wurde festgestellt, daß gerade die ärmsten Kollegen im Heiderberuf noch unorganisiert sind und daß bei ihnen auch die allermeiste Unwissenheit über die zu zahlenden Preise und die Ausführung der Arbeit angetroffen wurde. Das ist auch die Veranlassung, den Taschen- und Federmesserherstellern ganz besonders zu empfehlen, jeder Quertreiber in den Reihen der Berufscollegen entgegenzutreten und die Einheitlichkeit der Organisation in den Vordergrund zu rufen.

Solingen. Zurzeit streifen hier die Hefeseilermeister, um die Preise für ihre Arbeiten zu erhöhen. Nicht weniger als 84 Firmen wurden auf einmal von den Leuten in Streit erklärt. Auswärts dürfte man kaum verstehen, wie so etwas möglich ist. Noch interessanter ist aber die Tatsache, daß einige dieser Leute, die für sich mehr fordern, ihren Gesellen nicht mehr zahlen wollen. Wir haben hier das interessante Schauspiel, daß die Hefeseiler gesellen im Deutschen Metallarbeiter-Verband, die Meister aber im lokalen Industriearbeiter-Verband organisiert sind. Zurzeit besteht nun auch ein Tarif zwischen den beiden Parteien, der die Arbeitszeit und die Löhne regelt. Von einem Teile der Meister wird er auch strikte innegehalten, von anderen aber nicht. Ja, diese raupieren sich und spucken schlimmer als die schärfsten Scharfmacher gegen die renitenten Gesellen und machen mobil gegen deren Organisation. Die Herren scheinen — soweit sie für uns in Betracht kommen — ganz vergessen zu haben, daß die Kämpfe gegen die Gesellen ihre eigenen Interessen erst recht schädigen. In der letzten Versammlung der Hefeseiler gesellen wurde berichtet, daß der Meister Eichmann von den bei ihm beschäftigten Leuten überarbeitet und auch Sonntagsarbeit verlangt. Wenn man bedenkt, daß diese Leute in einem sozialistischen Blatte, in der Bergischen Arbeiterstimme, ihre Streiterklärungen veröffentlichen, daß sie mit ihrem Anschluß an den Industrieverband beweisen wollen, modern gewerkschaftlich organisiert zu sein, so schüttelt man verwundert mit dem Kopfe. Und die Führer des Industrieverbandes? Wollen sie etwa damit beweisen, daß sie reif sind für den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands?

Schlosser.

Hamburg-Altona. Die Bauhilfsarbeiter von Hamburg-Altona und Wandsbeck beschloßen in einer am 8. Juli abgehaltenen Versammlung, eine Verbesserung der bisher gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Man einigte sich auf folgende Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in den Betrieben der Hamburg-Altonauer und Wandsbeker Innungsmeister beschäftigten Arbeiter: 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden pro Tag, an den Sonnabenden ist eine halbe Stunde früher Feierabend, ein Lohnabzug findet nicht statt. 2. Über-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Prozent bezahlt. Dieser Zuschlag darf dem Affordarbeiter nicht von der Affordsumme abgezogen werden. Als Überstunden gelten die ersten beiden Stunden nach Beendigung der normalen täglichen Arbeitszeit, als Nachstunden die den Überstunden folgenden bis 6 Uhr morgens. 3. Arbeitszeit vor den hohen Festen. In dem letzten Tage vor Ostern, Pfingsten, Weihnachtstag und Neujahr ist zwei Stunden früher Feierabend, ein Lohnausfall findet nicht statt. 4. Sonntagsarbeit. Sonntagsarbeit darf 8 Stunden nicht überschreiten und wird als voller Tag gerechnet mit Hinzurechnung des festgesetzten Zuschlags. 5. Sanzulage. Für Arbeiter außerhalb der Werkstätte wird ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde bezahlt. Dies gilt auch für Affordarbeiter und darf der Zuschlag nicht vom Affordpreis abgezogen werden. 6. Lohn. Lohn wird nach Leistung bezahlt; jedoch darf der Anfangslohn für junge Gesellen nach beendeter Lehrzeit nicht unter 50 Pf. pro Stunde betragen. Für alle übrigen tritt eine 10prozentige Lohnerhöhung ab 16. Juli in Kraft. Angelernte Arbeiter unter 18 Jahren dürfen nicht unter 35 Pf. pro Stunde, ungelernete Arbeiter über 18 Jahre dürfen nicht unter 40 Pf. pro Stunde entlohnt werden. Angelernte Arbeiter, welche Gesellenarbeit verrichten, erhalten Gesellenlohn. Zum Schluß gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: Die Bauhilfsarbeiter von Hamburg-Altona und Wandsbeck hält eine Verbesserung der jetzt gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen für dringend notwendig und beauftragt die Verbandsleitung, in Gemeinschaft mit den Gesellenausschüssen von Seiten der in Betracht kommenden Innungen eine zutreffende Antwort respective Gegenverpflichtungen betreffs der eingereichten Verbesserungen bis zum 15. Juli dieses Jahres einzuholen und einer neu einberufenen Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. — In der Versammlung am 23. Juli berichtete Kollege Zehle über die am 22. Juli zwischen den Innungen

und den Gesellenausschüssen von Hamburg-Altona und Wandsbeck gepflogenen Verhandlungen. Zu einem Abschluß hätten diese noch nicht geführt. Die zugestanden Verbesserungen gegenüber dem gegenwärtig geltenden Tarif beständen im wesentlichen in folgendem: Der prozentuale Zuschlag für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit soll auch den Affordarbeitern bezahlt werden, ohne von dem Überschuss in Abzug gebracht zu werden. An den Sonnabenden vor den hohen Festen sowie am 24. und 31. Dezember beträgt die Arbeitszeit sieben Stunden; ein Lohnausfall findet dadurch nicht statt. Für Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 60 Prozent bezahlt. Für jungangelernte Gesellen wird der Lohn von 40 auf 45 Pf. erhöht. Ferner tritt eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Prozent ein. Auf eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden Sonnabends hätten die Innungsvertreter nicht eingehen zu können geglaubt. Ebenso hätten sie es abgelehnt, die ungelerneten Arbeiter mit in die Vereinbarungen einzubeziehen. Hauptächlich aber drohten die Verhandlungen an dem Einführungsstermin zu scheitern. Die Vertreter der Innungen hatten den 1. Januar 1908 vorgeeschlagen; nach längeren Beratungen hätten sie schließlich den 1. Oktober 1907 zugestanden. Im Laufe des Tages hätten nun weitere Verhandlungen stattgefunden, wobei der stellvertretende Innungsoberrichter von 1. September als Einführungsstermin zugestanden habe unter der Bedingung, daß der Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen werde. Ferner solle in einem besonderen Tarif eventuell auch die Affordarbeit einer Regelung unterzogen werden. Neben empfahl am Ende seiner Ausführungen Annahme folgender Resolution: „Die heutige Bauhilfsarbeiterversammlung erklärt sich im Prinzip einverstanden mit dem Abschluß eines Tarifvertrags. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Antwort der Innungen einzuholen und das Resultat der eventuellen Verhandlung einer zum Sonnabend den 27. dieses Monats einberufenen Versammlung vorzulegen.“ In der zum Teil sehr erregten Debatte sprachen sich fast sämtliche Redner heftig gegen den Abschluß eines solchen Tarifvertrags aus: Die Zugeständnisse seien viel zu geringfügig, als daß sie tariflich festgelegt werden dürften. Die Innungen übten offenbar eine feine Verschleppungstaktik. Die beste Antwort auf dieses Verhalten sei die sofortige Arbeitseinstellung. In der Abstimmung wurden alle Anträge und Resolutionen, die eine abwartende Stellung befürworteten, abgelehnt, dagegen wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen: „Die heutige Versammlung der Bauhilfsarbeiter von Hamburg-Altona und Wandsbeck erklärt sich nach Entgegennahme des Berichtes mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden unter der Bedingung, daß dieselben am 1. August 1907 in Kraft treten.“ Ein weiterer Antrag, am Mittwoch den 24. dieses Monats die Arbeit einzustellen, konnte, da das Statut für solche Fälle Abstimmung mittels Stimmszettel vorschreibt, nicht mehr erledigt werden, da die Zeit zu weit vorgeritten war.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Scharfmacher-Verband hielt seinen zweiten (außerordentlichen) Verbandstag am 19. und 20. Mai in Düsseldorf ab. Anwesend waren 14 Delegierte aus 13 Zahlstellen. Die Veranlassung zur Einberufung des Verbandstages waren fortgesetzte Quertreiberereien eines ehemaligen Mitglieds und Revisors der Hauptkassa, der den seit einem halben Jahre erkrankten Vorsitzenden beschiedigte, 100 Mk., die von der Generalkommission zu Agitationszwecken hergegeben worden waren, unterschlagen zu haben. Die Verhandlungen auf dem Verbandstag ergaben die völlige Haltlosigkeit dieser Beschuldigung. Nach der vom Kassierer gegebenen Abrechnung betrug im Jahre 1906 die Gesamteinnahme 4351,19 Mk., die Ausgaben 2531 Mk. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 1906 403, war am Ende des dritten Quartals auf 308 gesunken, am Ende des Jahres jedoch auf 565 (darunter 340 weibliche) zurückgegangen. Ein Antrag auf Anschluß an den Holzarbeiter-Verband erfuhr Widerspruch von verschiedenen Delegierten. Der Vertreter der Generalkommission führte aus, daß er prinzipiell für den Anschluß kleinerer Sonderorganisationen an die bestehenden Industrieverbände sei, daß aber unter den obwaltenden Verhältnissen im Verband der Scharfmacher er davon abraten müsse, zurzeit einen dahingehenden Beschluß zu fassen, da zu befürchten sei, daß nur ein kleiner Bruchteil der Mitglieder zum Holzarbeiter-Verband übertritten würde, während der größere Teil, besonders die weiblichen, meistens als Heimarbeiterrinnen tätigen Mitglieder der Organisation wieder verloren gehen würden, beschloß der Verbandstag, auf den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband hinzuwirken, jedoch erscheine der jetzige Zeitpunkt für den Anschluß ungenügend. Es solle jedoch uner den nunmehr geregelten Verhältnissen bis zum nächsten Verbandstag die Organisation so ausgestaltet und versucht werden, das Interesse der gewerkschaftlichen Organisation unter den Scharfmachern und Scharfmacherinnen so zu steigern, daß bei einem späteren Anschluß mit dem Übertritt der gesamten Mitglieder gerechnet werden kann. Infolge der Erkrankung des bisherigen Vorsitzenden fand eine Neuwahl statt. Der Sitz des Verbandes wurde aus diesem Anlaß nach Hamburg verlegt.

Der Verband der Müllscharbeiter hielt vom 19. bis 23. Mai seinen neunten Verbandstag in Mainz ab. Anwesend waren 37 Delegierte. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1903 2893, Ende 1906: 4858. Eingetretene waren während dieser Zeit 7427. Die Fluktuation ist in diesem Verband also besonders groß. Die Gesamteinnahmen betragen 271.039,87 Mk., die Ausgaben 204.004 Mk. Während der letzten Berichtsperiode hatte der Verband viel mehr Kämpfe zu bestehen, als in der vorletzten. Es wurden fünf Gaulteiler angestellt. Der Beitrag wurde von 40 Pf. auf 50 Pf. erhöht. Nur Zahlstellen, deren Mitglieder im Durchschnitt weniger als 18 Mk. verdienen, dürfen die niedere Beitragsklasse mit 30 Pf. einführen. Dafür erhalten diese Mitglieder auch entsprechend weniger Unterstützungen. Das Tätigkeitsgebiet des Verbandes soll unumfaßt alle in Getreide-, Reis-, Öl-, Fett- und anderen Mühlen sowie die in den dazu gehörenden Lagerräumen und die in der Mineral- und Schmelzindustrie beschäftigten Arbeiter. Mit den Bäckern und Brauereien sind Unterhandlungen anzubahnen zur Gründung einer einzigen, großen Organisation für die Nahrungsmittelindustrie. Die Gehaltsfrage wird in der Weise geregelt, daß Hauptvorstandsbeamte mit 2000 Mk. Gehalt angestellt werden mit 100 Mk. jährlicher Zulage bis zu 2500 Mk., dann jährlich 50 Mk. bis zu höchstens 2800 Mk. Die Gaulteiler erhalten 1800 Mk. Gehalt und 100 Mk. Bureauzuschuß. Jährlich werden 100 Mk. zugelegt bis zu höchstens 2400 Mk. —

Der Zentralverein für alle in der Hut- und Filzwarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt vom 3. bis 7. Juli seine Generalversammlung in Guben ab. Anwesend waren 48 Delegierte. Nach dem Vorstandsbericht ist die Mitgliederzahl auf 6806 gestiegen, ein Zuwachs von 66 Prozent. 48 Prozent der Zahl der Eingetretenen hat dem Verband jedoch wieder den Rücken gekehrt. Der Berichterstatter führte dies darauf zurück, daß die Unterstützungen nicht obligatorisch sind. Mit 43 gegen 5 Stimmen erklärten die Delegierten sich im Prinzip für die Erwerblosenunterstützung, für die obligatorische Einführung wurden 26 Stimmen abgegeben, dagegen 22. Damit war der Antrag abgelehnt, weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. In großen Mitgliederscharen sollen verbodete Geschäftsführer angestellt werden. Das Anfangsgehalt für Vorstandsbeamte soll 1800 Mk. betragen und jährlich um 100 Mk. bis auf 2500 Mk. steigen. Das Gehalt des ersten Vorsitzenden soll in derselben Weise bis 2500 Mk. steigen. Der Beitrag wurde in allen drei Klassen um 5 Pf. erhöht, so daß er jetzt 30, 35 und 40 Pf. beträgt. Für die Mitglieder der ersten beiden Klassen bleiben die Unterstützungsätze die alten. Die Mitglieder der dritten Klasse, die in Fabriken arbeiten, wo nur während der Saison Arbeit vorhanden ist, erhalten nach Saisonabschluss für zwei Wochen Arbeitslosenunterstützung; die übrigen drei Wochen können als Krankenunterstützung bezogen werden. Die Unzulageunterstützung schwankt entsprechend der Zahl der Kroneter (15 bis mehr als 300) zwischen 25 und 75 Mk. Mehr als die tatsächlich entstandenen Kosten wird nicht ausbezahlt, auch wenn die ganze Familie des Ungezogenen

aus Mitgliedern besteht. Die Streikunterstützung beträgt für männliche Mitglieder 14 Mk. (früher 12), für weibliche 7 Mk. (früher 6), jedoch darf je 21 Mk. nicht übersteigen. Die Gewerkschaftenunterstützung beträgt 18 Mk. und für jedes schulpflichtige Kind 1 Mk. Über die Maifeier wurde folgendes beschlossen: „In Betrieben, wo fünf Sechste der Beschäftigten im Verein organisiert sind und mindestens drei Viertel der Mitglieder in geheimer Abstimmung für Arbeitsruhe am 1. Mai entscheiden, haben diese Mitglieder, falls Differenzen entstehen, Anspruch auf Unterstützung. Für die ersten sechs Arbeitstage der Aussperrung wird keine Unterstützung gewährt. Forderungen dürfen im Falle einer Malaisperrung nur mit Zustimmung des Vereinsvorstandes gestellt werden.“

Die Verbände der Bäcker und der Konditoren haben sich seit dem 1. Juli zusammengeschlossen zu einem Verband, der den Namen führt: Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen. Das Organ dieses Verbandes führt den Titel: Deutsche Bäcker und Konditoren-Zeitung. Die Auflage des Blattes beträgt 20.000 Exemplare. Der Zusammenschluß wird jedenfalls bald gute Früchte tragen. —

Auch zwischen den Verbänden der Sattler und der Portefeulleur finden gegenwärtig Verhandlungen wegen des Zusammenschlusses statt. Am 14. Juli fand in Berlin eine gemeinsame Sitzung der Verbände und der Ausschüsse beider Verbände statt, die nach eingehender Beratung einstimmig folgenden Beschluß faßte: „Die am 14. Juli 1907 in Berlin tagende Sitzung der Zentralvorstände und Ausschüsse der Verbände der Sattler und Portefeulleur beauftragt die leitenden Körperschaften beider Verbände, mit aller Entschiedenheit die Durchführung der Verschmelzung anzustreben. Die Agitation für die Verschmelzung ist in der Presse in weitgehendstem Maße zu führen. Die Agitatoren und die Ortsverwaltungen sollen ermahnt werden, im selben Sinne zu wirken. Im Jahre 1909 findet in Köln eine gemeinsame Generalversammlung beider Verbände statt, in der die Verschmelzung als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Bei allen bis dahin auftauchenden Lohnbewegungen handeln die beiden Verbände nach der Resolution, die auf dem letzten Verbandstag der Portefeulleur angenommen wurde. Bei Tarifabschlüssen werden beide Vereine bestrebt sein, die Heimarbeit einzuschränken und so viel wie möglich abzuschaffen.“

Ein durchaus gelungenes Bestreben, worüber sich nur jeder freuen kann, der es mit dem Fortschritt der Arbeiterbewegung ehrlich meint. Auch in den Organen verschiedener anderer Gewerkschaften (Handschuhmacher, Töpfer, Porzellanarbeiter, Dachdecker) wurde die Verschmelzungsfrage in letzter Zeit erörtert. —

Aus den Unternehmerverbänden.

Aus der Abrechnung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller. Nr. 30 der Schmiedezeitung enthält die Abrechnung der genannten Scharfmacherorganisation für 1905 und den Voranschlag für 1907. Danach betragen 1905 die Einnahmen 14.885,39 Mk., darunter Beiträge 12.265,39 Mk., die Ausgaben 22.190,81 Mk., darunter Beitrag zum Zentralverband 1000 Mk., Beitrag zum Verein deutscher Arbeitgeber-Verbände 7280 Mk., Subvention an die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung 500 Mk., Druckkosten 5197 Mk., Gehälter 2344,50 Mk. Die Mehrausgaben im Betrag von 7305,42 Mk. wurden aus dem 15.000 Mk. betragenden Vermögen gedeckt. Nach dem Voranschlag für 1907 soll die Einnahme 37.000 Mk. betragen und sich je zur Hälfte aus den Beiträgen und den Umlagen der Mitglieder (je 5 Mk. auf 100 Arbeiter) zusammensetzen. Im Ausgabenposten sind unter anderem vorgesehen für Gehälter 11.000 Mk. (aus der bedeutenden Vergrößerung dieses Ausgabenpostens scheint hervorzugehen, daß der Gesamtverband sich für das laufende Jahr Scharfmacherei im großen vorgenommen hat), Porto 2000 Mk., Druckkosten 6000 Mk., Reisekosten 1800 Mk., Deutsche Arbeitgeber-Zeitung 500 Mk., Verein deutscher Arbeitgeber-Verbände 8000 Mk., Zentralverband 1000 Mk. —

Der dritte Bundestag selbständiger Graveure, Ziseleure und verwandter Berufscollegen, der um die Mitte des Juli in Düsseldorf tagte, beschloß unter anderem, insofern der Verteuerung des Metalls und der Steigerung aller übrigen Ausgaben des Geschäftsbetriebs einen Teuerungszuschlag von 15 Prozent auf ihre Preise zu machen. —

Ein Verband deutscher Betriebskrankenkassen

Ist am 29. Juni in Eisenach gegründet worden. Dort fand ein von dem Verband rheinisch-weisfällischer Betriebskrankenkassen einberufener Vertretertag deutscher Betriebskrankenkassen statt. Welcher „Geist“ dort herrschte, geht schon zur Genüge daraus hervor, daß unter anderem auch zwei Generalschatzmeister, der Bued und der Tille, da waren. Es waren im ganzen 125 Teilnehmer anwesend. Den Vorsitz führte Finanzrat Klüpfel vom Direktorium der Firma Krupp in Essen. Es wurde ein aus neun Personen bestehender Ausschuß gewählt und beauftragt, Satzungen auszuarbeiten, die dann einem weiteren Ausschuß zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden sollen. Die rheinisch-weisfällische Zeitung, das Organ der Kohlen- und Eisenmagazine, läßt sich in ihrer Nummer vom 1. Juli unter anderem noch folgendes über den Vertretertag berichten: „Großen und verdienten Beifall fand namentlich auch der von ihm (dem Verband rheinisch-weisfällischer Betriebskrankenkassen) erstattete eingehende Bericht über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Inhaber von Betriebskrankenkassen zur wirksamen Geltendmachung ihres Standpunktes gegenüber den geschwebenden Körperschaften und in der Öffentlichkeit, die vielfach durch einseitige und vorurteilvolle Darstellungen, betreffend eine Reform des Krankentassenwesens, beeinflußt sei. Die großen Leistungen und der gute Stand der Betriebskrankenkassen und ihre Überlegenheit in dieser Beziehung wurde siffernmäßig dargelegt und der augenfällige Nachweis geleistet, daß das selbständige Fortbestehen dieser Kassen in jeder Beziehung eine berechtigte wirtschaftliche Forderung ist, da sie, amtlichen Ausweisen zufolge — und zwar dank der Opferwilligkeit und der Fürsorge der Kasseninhaber — den Krankenversicherungen durchschnittlich erheblich mehr leisten und bedeutend weniger kosten, als die Ortskrankenkassen. Der vortreffliche Bericht, der auf einmütigen Wunsch der Versammlung demnächst der weitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll, wird jeden, der sich über die 1 1/2 Millionen Arbeiter angehende Krankenversicherung ein zutreffendes Bild machen will, hierzu in den Stand setzen.“ Man darf gespannt sein, wie der Berichterstatter versucht hat, seine abenteuerliche Behauptung über die Leistungen und die Kosten der Betriebskrankenkassen zu beweisen. Im Prinzip läßt sich wohl gegen den geplanten Zusammenschluß der Betriebskrankenkassen nichts einwenden. Es kommt aber sehr darauf an, wie sich der Verband entwickeln wird. Es ist sehr wohl möglich, daß man ihm nebenher noch die Funktion eines Maßregelungsbureaus anhängen veruchen wird. Es ist darum notwendig, seine Tätigkeit genau zu beobachten.

Vom Submissionswesen.

Die Frankfurter Zeitung (Morgenblatt vom 28. Juli) berichtet folgendes: „Bei der von der königlichen Eisenbahndirektion Köln ausgeschriebenen Verbindung betreffend die Aufstellung, Lieferung und Aufstellung der eisernen Überbauten für die nördliche Rheinbrücke in Köln (rund 16.600 Tonnen Eisen) hatten der Rheinische Zeitung zufolge angeboten: Cleveland, Miede & Co. aus England: Baulos 1: 10112480 Mk., Baulos 2: 1108835 Mk., Baulos 3: 11464633 Mk.; Gutehoffnungshütte, J. C. Hartort und Vereinigte Maschinenfabriken Nürnberg und Gussfabrik: Los 1: 7211685 Mk., Los 2: 7531917 Mk., Los 3: 8110267 Mk., nach eigenen Zeichnungen: Los 1a: 6930760 Mk., Los 1b: 7427932 Mk.; Beuchelt, Giers und Königs- und Laurahütte: Los 1: 7086228 Mk., nach eigener Zeichnung: 7226228 Mk.; Aug. Klönne, Brückenbau, Pfänder und Hein, Lehmann & Co.: Los 1: 6434373 Mk., nach eigenen Zeichnungen: 6260028 Mk., 6383673 Mk., 6115273 Mk., Baulos 1 bis 3 beziehen sich auf verschiedene Entwürfe der königlichen Eisenbahndirektion Köln, die diese selbst stellte.“ — Für Baulos 1 ergibt sich also zwischen der am höchsten fordernden Firma und der am niedrigsten fordernden ein Unterschied von nicht weniger als 3657902 Mk. Interessant ist ferner, daß die teuerste Firma eine englische war, während die billigeren Angebote sämtlich von deutschen Firmen abgegeben wurden. Wie sagen doch die Scharfmacher? Der

